

Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft (TMIL)

Thüringer Richtlinie zur Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen

- konsolidierte Fassung -

I. Zweck und Grundlagen der Förderung

Das Land gewährt im Rahmen des Entwicklungsplans für den ländlichen Raum in Thüringen (EPLR) in der Förderperiode 2014 bis 2020 auf der Grundlage der:

- VO (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates,
- VO (EU) Nr. 1305/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005,
- VO (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 352/78, (EG) Nr. 165/94, (EG) Nr. 2799/98, (EG) Nr. 814/2000, (EG) Nr. 1290/2005 und (EG) Nr. 485/2008 des Rates VO (EG) Nr. 1290/2005 über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik,
- VO (EU) Nr. 640/2014 der Kommission zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf das integrierte Verwaltungs- und Kontrollsystem und die Bedingungen für die Ablehnung oder Rücknahme von Zahlungen sowie für Verwaltungssanktionen im Rahmen von Direktzahlungen, Entwicklungsmaßnahmen für den ländlichen Raum und der Cross-Compliance,
- VO (EU) Nr. 809/2014 der Kommission mit Durchführungsbestimmungen zur VO (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich des integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems, der Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums und der Cross-Compliance,
- VO (EU) Nr. 808/2014 der Kommission mit Durchführungsbestimmungen zur VO (EU) Nr. 1305/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER),
- VO (EU) Nr. 821/2014 der Kommission mit Durchführungsbestimmungen zur VO (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Einzelheiten betreffend die Übertragung und Verwaltung von Programmbeiträgen, die Berichterstattung über Finanzinstrumente, die technischen Merkmale der Informations- und Kommunikationsmaßnahmen für Vorhaben und das System zur Aufzeichnung und Speicherung von Daten,
- VO (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf „De-minimis“-Beihilfen,

- Entscheidung der Europäischen Kommission zur staatlichen Beihilfe Nr. SA.39954 (2014/N) (Maßnahmen nach dem GAK-Rahmenplan - Förderbereich Forsten) vom 13. August 2015
- Entscheidung der Europäischen Kommission zur staatlichen Beihilfe Nr. SA.56482 (2020/N) (GAK Maßnahmengruppe 5 F „Förderung von Maßnahmen zur Bewältigung der durch Extremwetterereignisse verursachten Folgen im Wald) vom 29. Juni 2020 und
- Verordnung (EU) Nr. 702/2014 der Kommission vom 25. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Arten von Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 193 vom 1. Juli 2014 S. 1)

sowie nach

- § 41 Abs. 5 des Gesetzes zur Erhaltung des Waldes und zur Förderung der Forstwirtschaft (Bundeswaldgesetz - BWaldG),
- dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK-Gesetz - GAKG),
- § 27 des Gesetzes zur Erhaltung, zum Schutz und zur Bewirtschaftung des Waldes und zur Förderung der Forstwirtschaft (Thüringer Waldgesetz - ThürWaldG) und
- Maßgabe dieser Förderrichtlinie unter Beachtung der §§ 23 und 44 Thüringer Landeshaushaltsordnung (ThürLHO), der hierzu geltenden Verwaltungsvorschriften, des Haushaltsgesetzes sowie des Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetzes (ThürVwVfG)

finanzielle Zuwendungen zur Entwicklung stabiler, standortgerechter Wälder unter Berücksichtigung der ökologischen und ökonomischen Leistungsfähigkeit sowie des Klimawandels, der Anwendung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung, der Sicherung der Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes sowie der Verbesserung der Produktions-, Arbeits- und Absatzbedingungen in der Forstwirtschaft.

Die Rechtsgrundlagen sind in der jeweils geltenden Fassung anzuwenden.

Ein Rechtsanspruch des Antragstellers auf Gewährung einer Zuwendung besteht nicht. Vielmehr entscheidet die Bewilligungsstelle auf Grund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

Die Förderung nach der Nummer II.2 Maßnahme G ist nach Artikel 34, die Förderung nach der Nummer II.2 Maßnahme H, Maßnahme I und Maßnahme J ist nach Artikel 35, die Förderung nach Nummer II.2 Maßnahme E nach Artikel 37 und die Förderung nach Nummer II.2 Maßnahme F nach Artikel 42 der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 der Kommission vom 25. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Arten von Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 193 vom 1. Juli 2014 S. 1) von der Anmeldepflicht gemäß Artikel 108 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union freigestellt. Die Gewährung dieser Beihilfen erfolgt in Übereinstimmung mit der Verordnung (EU) Nr. 702/2014.

II. Gegenstand der Förderung

II.1 Maßnahmen nach dem GAK-Rahmenplan

- A Naturnahe Waldbewirtschaftung**
- B Forstwirtschaftliche Infrastruktur**
- C Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse**
- D Erstaufforstung**

- K Bewältigung von Extremwetterereignissen**
- L Vertragsnaturschutz im Wald**
- II.2 Maßnahmen des EPLR ohne GAK-Beteiligung**
 - E Waldumweltmaßnahmen**
 - F Erhaltung forstgenetischer Ressourcen**
 - G Vorbeugung gegen Kalamitäten**
 - H Investive Waldumweltmaßnahmen**
 - I Bodenschutzkalkung**
 - J Biologische Vielfalt und Anpassung an Klimaveränderungen**

II.1 Maßnahmen nach dem GAK-Rahmenplan

A Naturnahe Waldbewirtschaftung

A 1 Zuwendungszweck

Ziele der Förderung sind die Entwicklung stabiler, standortgerechter Wälder unter Berücksichtigung der ökologischen und ökonomischen Leistungsfähigkeit sowie des Klimawandels, die Herstellung einer standortgerechten, klimaangepassten Baumartenmischung bzw. die Sicherung der Stabilität und Vitalität der Bestände und die Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Filter-, Puffer- und Speicherfunktionen der Waldböden.

A 2 Gegenstand der Förderung

A 2.1 Vorarbeiten

Förderfähig sind

a) Vorarbeiten wie Untersuchungen, Analysen, Standortgutachten, fachliche Stellungnahmen und Erhebungen, die u.a. der Vorbereitung der Umstellung auf eine naturnahe Waldwirtschaft oder der Beurteilung einer Bodenschutzkalkung dienen und

b) Vorhaben zur Vorbereitung und Entwicklung gemeinschaftlicher Eigentums- und Bewirtschaftungsmodelle (z. B. Waldgenossenschaften, forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse).

A 2.2 Waldumbau

Umbau von Reinbeständen und von nicht standortgerechten oder nicht klimatoleranten Beständen in stabile Laub- und Mischbestände sowie Weiterentwicklung und Wiederherstellung von naturnahen Waldgesellschaften, auch als Folgemaßnahmen in Zusammenhang mit Wurf, Bruch, Waldbrand oder sonstigen Schadereignissen.

A 2.2.1 Förderfähig sind Wiederaufforstung sowie Voranbau jeweils durch Saat und Pflanzung mit standortgerechten Baumarten (Kulturbegründung) einschließlich Waldrandgestaltung. Gefördert werden können Aufwendungen für:

- die Werbung oder den Erwerb von standort- und herkunftsgerechtem forstlichem Pflanz- und Vermehrungsgut,
- die Kulturvorbereitung mittels Räumung, Bodenverwundung oder Mulchen,
- die Pflanzung mittels geeignetem Pflanzverfahren,
- die Aussaat von Vermehrungsgut,
- den Schutz der Kultur, z. B. durch Zaunbau sowie
- die Sicherung der Kultur, z. B. Grasmahd zur Beseitigung verdämmender Vegetation oder Mäusebekämpfung während der ersten fünf Jahre nach Kulturbegründung.

A 2.2.2 Förderfähig sind Nachbesserungen, wenn bei den geförderten Kulturen aufgrund natürlicher Ereignisse (außer Wildverbiss) Ausfälle in Höhe von mehr als 30 % der Pflanzen-

zahl oder 1 ha zusammenhängende Fläche aufgetreten sind und der Waldbesitzer den Ausfall nicht zu vertreten hat. Nachbesserungen sollen grundsätzlich dem geförderten Bestandeszieltyp entsprechen.

A 2.2.3 Förderfähig sind bei Naturverjüngungsverfahren:

- die Begünstigung des Ankommens der Verjüngung, z. B. durch Bodenverwundung und bei Bedarf der Schutz, z. B. durch Zaunbau sowie
- die Entwicklung und Sicherung von Naturverjüngungen mit Baumarten standortgerechter Bestandeszieltypen. Dies beinhaltet verjüngungsschonende Holzernteverfahren im Altbestand, die Pflege und den Schutz der Verjüngung gegen Insekten und Mäuse sowie ggf. auch erforderliche Ergänzungspflanzungen.

A 2.3 Pflege von Jungwüchsen und Dickungen (Jungwaldstadium)

Förderfähig ist eine Mischungs- und Standraumregulierung in Jungwüchsen (Bestände bis 2 m Mittelhöhe) und Dickungen (Bestände über 2 m Mittelhöhe unter 7 cm mittlerer Brusthöhendurchmesser (BHD)).

A 2.4 Bodenschutzkalkung im kleinstrukturierten Privat- und Körperschaftswald

Förderfähig ist eine Bodenschutzkalkung zur strukturellen Verbesserung der Bodenstreu, des Bodens oder des Nährstoffhaushalts und damit zur Verbesserung der Widerstandskraft der Bestände.

A 3 Ausschluss

A 3.1 Die Begründung von reinen Nadelbaumkulturen ist nicht förderfähig.

A 3.2 Von der Förderung ausgeschlossen sind Wiederaufforstungen von Kahlschlägen, die nicht in Folge abiotischer oder biotischer Schadereignisse entstanden sind.

A 3.3 Nachbesserungen, die wegen mangelnder Pflege bzw. Wildverbiss erforderlich werden, sind nicht förderfähig.

A 4 Spezielle Zuwendungsvoraussetzungen

A 4.1 An Vorhaben der Entwicklung gemeinschaftlicher Eigentums- oder Bewirtschaftungsmodelle (Zusammenarbeit) nach Nr. A 2.1 b) müssen mindestens zwei Einrichtungen oder Akteure im Forstsektor beteiligt sein.

A 4.2 Die Vorhaben nach Nr. A 2.2 und A 2.3 sollen auf der Grundlage von Planungen nach A 2.1, von vorliegenden Erkenntnissen der Standortkartierung, einer periodischen Planung oder von forstfachlichen Stellungnahmen, die z. B. seitens der Forstämter im Rahmen der Antragsprüfung erfolgen, durchgeführt werden.

A 4.3 Zuwendungen für Vorhaben nach Nr. A 2.2 dürfen nur bewilligt werden, wenn ein hinreichender Anteil an standortheimischen Baumarten Verwendung findet.

Reine Nadelbaumkulturen sowie Mischkulturen mit weniger als 30 % Laubbaumanteil sind nicht förderfähig. Naturverjüngung von standortgerechten Laubbäumen kann bei der Ermittlung des Laubbaumanteils künstlich begründeter Kulturen berücksichtigt werden.

A 4.4 Die Vorhaben nach der Nr. A 2.2 zielen auf den Umbau nicht standortgerechter Bestockungen sowie auf eine Verbesserung und Erhöhung der biologischen Vielfalt und Klimatoleranz. Dies gilt auch für Wiederaufforstung nach Schadereignissen.

Sofern die Wiederaufforstung nach Schadereignissen lediglich die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands zum Ziel hat, ist dies gemäß des Artikels 24 Abs. 3 der VO (EU) Nr. 1305/2013 nur unter folgenden Bedingungen förderfähig:

- Das Schadereignis wird von der ThüringenForst - Anstalt öffentlichen Rechts (Landesforstanstalt) als Naturkatastrophe (Ereignis biotischer oder abiotischer Art) eingestuft.

- Das Ereignis hat zur Zerstörung von mind. 20 % des forstwirtschaftlichen Potentials des Forstbetriebs geführt. Das forstwirtschaftliche Potential wird der Fläche gleichgesetzt.

A 4.5 Voraussetzung für die Förderung der Bodenschutzkalkung nach Nr. A 2.4 ist, dass die Waldbestände von der Landesforstanstalt als kalkungsbedürftig eingeordnet werden.

A 5 Sonstige Bestimmungen

A 5.1 Die Zuwendung für Vorhaben nach Nr. A 2.1 b) wird für einen Zeitraum von höchstens sieben Jahren gewährt.

A 5.2 Förderanträge für Vorhaben zur Sicherung der Kultur nach der Nr. A 2.2.1 können in den ersten fünf Jahren nach Kulturbegründung zweimal gestellt werden.

A 5.3 Die Durchführung von Pflegen im Jungwaldstadium ist am Ziel einer zukünftigen stabilen Mischbestockung standortgerechter Baumarten auszurichten. Dabei sind folgende Grundsätze anzuwenden:

- Mischbaumarten erhalten und fördern,
- Negativauslese von Protzen und Wölfen,
- angemessenen Dichtschluss bei Laubbaumarten wegen Astreinigung erhalten,
- genügend Kronenfreiheit bei Nadelbaumarten sichern,
- Vorwald und alte Restbeschirmungen erhalten sowie
- ggf. Anlage von Pflegepfaden unter Nutzung alter Feinerschließung.

B Forstwirtschaftliche Infrastruktur

B 1 Zuwendungszweck

Ziel ist die Verbesserung der forstwirtschaftlichen Infrastruktur, um unzureichend erschlossene Waldgebiete für eine nachhaltige Bewirtschaftung, zur Prävention sowie Bewältigung von Schadereignissen und für die Erholung suchende Bevölkerung zugänglich zu machen.

B 2 Gegenstand der Förderung

Gegenstand der Förderung ist der forstwirtschaftliche Wegebau:

a) Förderfähig sind Neubau forstwirtschaftlicher Wege, Befestigung bisher nicht oder nicht ausreichend befestigter forstwirtschaftlicher Wege sowie Instandsetzung (mindestens Materialeinbringung in Trag- oder Deckschicht) forstwirtschaftlicher Wege aus den unter Ziffer B 1 genannten Gründen.

b) Zum Wegebau dazugehörige notwendige Anlagen, wie z. B. Durchlässe, Brücken, Ausweichstellen sowie erforderlich werdende Maßnahmen der Landschaftspflege, des vorbeugenden Hochwasserschutzes und des Naturschutzes gelten als Bestandteil des Wegebauvorhabens.

c) Werden durch ein forstwirtschaftliches Wegebauvorhaben andere Baumaßnahmen zwingend notwendig, so können diese im unabwendbar erforderlichen Umfang ebenfalls gefördert werden (Veranlassungsprinzip). Vorteile Dritter aus Folgemaßnahmen sind durch Beiträge angemessen zu berücksichtigen.

d) Förderfähig sind die nachgewiesenen Ausgaben für Bauentwürfe, Bauausführung, Bauleitung sowie für die Durchführung von Vorhaben der Landschaftspflege, des vorbeugenden Hochwasserschutzes und des Naturschutzes. Dazu gehören auch Projektuntersuchungen und Erhebungen im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Wegebau.

B 3 Ausschluss

Von der Förderung nach der Nr. B 2 ausgeschlossen sind:

a) Wege mit überörtlicher Verkehrsbedeutung sowie Wege innerhalb vorhandener oder geplanter Siedlungs- und Industriegebiete, Fuß-, Rad- und Reitwege.

b) Grundsätzlich Wege mit Schwarz- oder Betondecken.

c) Unterhaltung von forstwirtschaftlichen Wegen und der dazugehörigen notwendigen Anlagen sowie das dazu benötigte Material.

B 4 Spezielle Zuwendungsvoraussetzungen

B 4.1 Bei der Durchführung der Projekte nach Nr. B 2 sind die behördenverbindlichen Fachplanungen zu berücksichtigen. Die Instandsetzung bereits geförderter Wege ist innerhalb der Zweckbindungsfrist nur nach natürlichen Schadereignissen mit direkten Schadeinwirkungen, z. B. Hochwasser förderfähig.

B 4.2 Bei der bautechnischen Planung und Ausführung sind die anerkannten Regeln des forstlichen Wegebbaus zu beachten. Das Wegebauvorhaben ist beim zuständigen Forstamt der Landesforstanstalt (§ 25 Abs. 2 ThürWaldG) anzuzeigen. Dieses erteilt nach Überprüfung der Bedarfsgerechtigkeit, der Bauweise, der Auswirkungen auf Natur und Landschaft sowie der Betroffenheit sonstiger öffentlich-rechtlicher Belange die Genehmigung und bestätigt damit die grundsätzliche Förderwürdigkeit.

Prüfkriterien sind

- a) die Rahmenbedingungen gemäß der Dienstordnung 2.3 der Landesforstanstalt „Grundsätze der Walderschließung“ vom 21. Dezember 2015 in der jeweils geltenden Fassung für die Basiserschließung, insbesondere hinsichtlich der Bedarfsgerechtigkeit gemäß dem übergreifenden Wegeinformationssystem (WIS) sowie der konkreten bautechnischen Anforderungen für Hauptwege. Die Anforderungen sind dem Merkblatt „Grundsätze der Walderschließung“, das dem Antragsformular beiliegt, zu entnehmen. Förderfähig sind Vorhaben, die zu einem maximalen Erschließungsgrad von 35 lfm/ha führen.
- b) zur Prüfung der Auswirkungen auf Natur und Landschaft
 - Inhalte des „Erlasses über die Planung und Genehmigung von forstwirtschaftlichen Wegebauvorhaben unter Berücksichtigung von Naturschutzbelangen“ vom 15. Dezember 2003 sowie
 - die Hinweise zur Umsetzung des Europäischen Schutzgebietsnetzes „NATURA 2000“ in Thüringen, Verwaltungsvorschrift des Thüringer Ministeriums für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz vom 4. Dezember 2014 in der jeweils geltenden Fassung.

Vorhaben, die dem o. g. Merkblatt nicht entsprechen, können nur in begründeten Ausnahmefällen durch die Landesforstanstalt genehmigt werden.

C Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse

C 1 Zuwendungszweck

Ziel ist die Überwindung struktureller Nachteile, insbesondere aus Kleinflächigkeit und Besitzersplitterung, durch überbetriebliche Zusammenarbeit im Rahmen forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse. Die Förderung dient dazu, ein eigenständiges und professionelles Tätigwerden der Zusammenschlüsse besonders unter Einbindung des Kleinprivatwaldes zu entwickeln. Darüber hinaus sollen die Produktions- und Absatzbedingungen in der Forstwirtschaft entsprechend den Konzentrationsprozessen auf der Abnehmerseite fortlaufend modernisiert werden.

C 2 Gegenstand der Förderung

Förderfähig sind folgende Projekte zur Verbesserung der Waldbewirtschaftung und Überwindung der Strukturhemmnisse. Eine kumulative Förderung der verschiedenen Projekte ist möglich.

C 2.1 Waldpflegevertrag

Dieser beinhaltet die entgeltliche vertragliche Übernahme der Verwaltung von Mitgliedsflächen zur sachgemäßen und nachhaltigen Bewirtschaftung sowie zur Überwindung der strukturbedingten Bewirtschaftungshemmnisse im Privatwald. Gefördert werden die Aufwendungen für die Vorbereitung, den Abschluss, die Organisation, die Erfüllung und die Verwaltung von Dienstleistungsverträgen einschließlich der betriebsbezogenen Beratung durch forstfachlich ausgebildetes Personal mit einem Festbetrag je Hektar Vertragsfläche und Jahr.

C 2.2 Mitgliederinformation und -aktivierung

Förderfähig sind die Aufwendungen für Maßnahmen zur fachlichen Information und Aktivierung der Mitglieder bzw. der Mitgliederwerbung, z. B. regelmäßige Fachinformation, Mitgliederaktivierung und Mitgliederwerbung durch Druckerzeugnisse, über digitale Medien und Informationsveranstaltungen für Mitglieder sowie für interessierte Waldbesitzer.

C 2.3 Zusammenfassung des Holzangebots

Eigenständige, überbetriebliche Zusammenfassung und/oder Koordinierung des Holzangebotes. Gefördert werden die Aufwendungen für die überbetriebliche Holzvermarktung durch Forstbetriebsgemeinschaften und/oder durch forstwirtschaftliche Vereinigungen entsprechend der jeweiligen Aufgabenabgrenzung mit je einem Festbetrag je Festmeter (fm) vermarkteter Holzmenge im jeweiligen Geschäftsjahr.

C 2.4 Professionalisierung von Zusammenschlüssen

Zuschussfähig sind die Aufwendungen für forstfachlich ausgebildetes Personal einschließlich Aufwand zur Erstellung eines Geschäftsplans zur Professionalisierung eines Zusammenschlusses.

C 3 Ausschluss

Von der Förderung ausgeschlossen sind:

C 3.1 die Aufgabenerfüllung durch Dritte, durch öffentliche Verwaltungen oder Betreuungsorganisationen,

C 3.2 im Fall der Vorhaben der Professionalisierung von Zusammenschlüssen:

Zusammenschlüsse, die bislang Förderung von Geschäftsführung, Waldpflege oder Zusammenfassung des Holzangebots (Holzmobilisierung) erhalten haben, es sei denn, es handelt sich um eine Neugründung, wesentliche Erweiterung oder Fusion. Als wesentliche Erweiterung gilt die Zunahme der Mitgliederzahl des anerkannten forstwirtschaftlichen Zusammenschlusses um mindestens 30% bei gleichzeitiger Einhaltung der festgelegten Effizienzkriterien.

C 4 Spezielle Zuwendungsvoraussetzungen

Als forstfachlich ausgebildetes Personal gelten grundsätzlich Absolventen der forstwirtschaftlichen und der forstwissenschaftlichen Ausbildungsstätten mit mindestens Bachelorabschluss sowie gleichwertige fachliche Qualifikationen, die zur Erfüllung der jeweiligen Tätigkeiten befähigen.

Das Förderjahr für die forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse umfasst den Zeitraum vom 1. November des Vorjahres bis zum 31. Oktober des laufenden Jahres.

C.4.1 Förderung eines Waldpflegevertrages

a) Die Anstellung von Personal mit mindestens forstlichem Bachelor oder einem vergleichbaren forstlichen Abschluss

- b) Je Mitglied ist nur ein Vertrag förderfähig. Eine Förderung wird nur gewährt, wenn der Waldpflegevertrag im Kalenderjahr besteht und zumindest die Baumschau im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht sowie die Überwachung des Waldschutzes enthält. Die Übertragung der Aufgaben muss in schriftlicher Form mit Vertrag erfolgen.
- c) Die Inanspruchnahme der Förderung ist nur möglich, sofern kein Beförsterungsvertrag nach der Fünften Durchführungsverordnung zum Thüringer Waldgesetz (5. DVO Thür-WaldG) existiert.

C 4.2 Förderung von Mitgliederinformation und -aktivierung

- a) Förderfähig sind ausschließlich ordentliche Mitglieder, deren Mitgliedschaft zum Antragszeitpunkt besteht. Mit dem Antrag ist ein aktuelles Mitgliederverzeichnis vorzulegen. Die Organisation und Durchführung einer ordentlichen Mitgliederversammlung ist als Förder Voraussetzung mittels Niederschrift zu dokumentieren. Die angegebene Waldfläche der Mitglieder ist durch die Landesforstanstalt stichprobenartig mit dem Automatisierten Liegenschaftsbuch (Liegenschaftsinformationssystem - LIS) abzugleichen. Bei Unklarheiten ist der Grundbuchauszug hinzuzuziehen.
- b) Der Zuschuss für die Mitgliederinformation wird für Aufwendungen des Zusammenschlusses zur fachlichen Information und Aktivierung der Mitglieder und der Mitgliederwerbung gezahlt, die über die Mindestanforderung nach a) hinausgehen. Diese sind z. B. Fachinformationen zu ausgewählten Themen, Mitgliederaktivierung und Mitgliederwerbung durch Druckerzeugnisse, über digitale Medien und mittels Informationsveranstaltungen sowie durch Exkursionen/Waldbegänge für Mitglieder und für interessierte Waldbesitzer.
- c) Die Mitgliederaktivierung mit dem Ziel einer Neumitgliedschaft umfasst die Beratung des Waldbesitzers durch den Vorstand des Zusammenschlusses einschließlich Dokumentation des Aufnahmeantrags und Bestätigung der Neumitgliedschaft und die Aktualisierung des Mitgliederverzeichnisses.
- d) Die Aufnahme von Neumitgliedern ist durch ein Protokoll der Mitgliederversammlung zu belegen.

C 4.3 Förderung der Zusammenfassung des Holzangebots

- a) Eine Förderung ist nur möglich, sofern nachfolgende Effizienzkriterien erfüllt werden:
 - Die Mitgliedsfläche eines forstwirtschaftlichen Zusammenschlusses muss hinsichtlich der Förderfähigkeit nach Nr. C 2.3 eine Mitgliedsfläche von mindestens 500 ha umfassen.
 - Bei forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen, in denen
 - die Baumart Fichte dominiert, sind mindestens 3,5 fm bzw.
 - die Baumart Kiefer bzw. Laubholzarten dominieren, sind mindestens 2,0 fm
 je ha Mitgliedsfläche und Jahr durch den forstwirtschaftlichen Zusammenschluss selbst zu vermarkten.

Als Erhebungszeitraum für die selbst vermarktete Holzmenge gilt der Zeitraum vom 1. November des Vorjahres bis zum 31. Oktober des laufenden Jahres.

Die Einordnung der in den jeweiligen forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen dominierenden Baumarten wird von der Landesforstanstalt vorgenommen. Diese kann auf Antrag im begründeten Einzelfall auch bei einer geringeren Vermarktungsmenge die Effizienz anerkennen.

- b) Die Anstellung von forstfachlich ausgebildetem Personal oder Personal mit gleichwertigen fachlichen Qualifikationen. Eine gleichwertige Qualifikation liegt dann vor, wenn diese zur Umsetzung der jeweiligen Aufgabe befähigt.
- c) Förderfähig ist ausschließlich die Holzmenge, die aus der Nutzung der durch das jeweilige Mitglied in den Zusammenschluss eingebrachten Waldflächen vermarktet wird. Für die Zu-

ordnung der vermarkteten Holzmenge zum Bewilligungszeitraum ist das Rechnungsdatum maßgeblich. Der Fördersatz für die überbetriebliche Zusammenfassung bzw. für die Koordination des Holzabsatzes kann für die jeweilige Holzmenge durch Forstbetriebsgemeinschaften bzw. forstwirtschaftliche Vereinigungen nur einmal beantragt werden. Nicht in fm verkaufte Hölzer werden in fm umgerechnet. Für nach Raummeter vermarktetes Holz (rm) gilt der Faktor 0,7, für Waldhackgut (srm) der Faktor 0,4 und für nach Gewicht vermarktetes Holz der Faktor 1,5 je t (atro). Weitere Sortimente, z. B. Stangen, werden nicht mitgerechnet.

Der Erhalt der Mobilisierungsprämie in voller Höhe ist nur möglich, sofern das angestellte Personal eine forstliche Ausbildung besitzt, die mindestens einem forstlichen Bachelorabschluss oder vergleichbarem forstlichen Abschluss entspricht und mindestens 25 % der Mitgliedsfläche auf Waldbesitzer entfällt, deren Waldeigentum in Thüringen weniger als 50 ha beträgt. Bei genossenschaftlichem Waldeigentum ist die durchschnittliche Anteilsfläche je Waldgenossenschaftsmitglied maßgebend.

C 4.4 Förderung der Professionalisierung von Zusammenschlüssen

a) Förderfähig sind nur Zusammenschlüsse, die bislang die Voraussetzungen für eine eigenständige Nutzung und Vermarktung forstwirtschaftlicher Erzeugnisse und/oder der Übernahme der Bewirtschaftung der Mitgliedsflächen nicht erfüllen.

b) Die Anstellung von forstfachlich ausgebildetem Personal mit mindestens Bachelor oder vergleichbarem forstfachlichen Abschluss.

c) Ein Geschäftsplan, der erkennen lässt, dass der forstwirtschaftliche Zusammenschluss wirtschaftliche, selbstständige Existenzfähigkeit erreicht oder innerhalb des geförderten Zeitraums erreichen wird. Die Form und die Mindestkriterien zur Aufstellung des Geschäftsplans sind im Merkblatt zum Förderantrag definiert.

C 5 Sonstige Bestimmungen

Die Förderung von Waldpflegevertrag, Mitgliederinformation und -aktivierung sowie Zusammenfassung des Holzangebots kann für einen Zeitraum von jeweils bis zu zehn Jahren, die Förderung der Professionalisierung von Zusammenschlüssen kann für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren in Anspruch genommen werden. Zusätzlich hierzu kann die Förderung der Zusammenfassung des Holzangebots für forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse, bei denen mindestens 50 % der Waldbesitzer bzw. der Waldbesitzer der angeschlossenen forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse weniger als 20 Hektar Waldfläche in Thüringen besitzen, für weitere zehn Jahre in Anspruch genommen werden.

Die Förderung erfolgt unter Beachtung der VO (EU) Nr. 1407/2013 über „De-minimis“-Beihilfen. Der Gesamtwert der einem Unternehmen gewährten „De-minimis“-Beihilfen darf 200.000 Euro bezogen auf einen Zeitraum von drei Jahren nicht übersteigen. Zusammenschlüsse, die sich zur Umgehung des Schwellenwerts aufspalten, sind nicht förderfähig.

Bis Ende 2013 erstmals bewilligte Vorhaben der Geschäftsführung und Kombinationsmodell können bis zum Ende des zehnjährigen Förderzeitraums nach den damaligen Konditionen fortgesetzt werden, wobei die o. g. aktuellen beihilferechtlichen Regelungen anzuwenden sind. Absatz 1 Satz 3 gilt entsprechend.

D Erstaufforstung

D 1 Verwendungszweck

Ziel der Förderung ist die Waldmehrung durch Aufforstung aus der landwirtschaftlichen Nutzung ausscheidender oder brachliegender Flächen unter Berücksichtigung der Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege.

D 2 Gegenstand der Förderung

Förderfähig ist die Neuanlage von Wald auf bisher nicht forstwirtschaftlich genutzten Flächen. Dazu zählen:

D 2.1 Saat und Pflanzung (Kulturbegründung) jeweils einschließlich Kulturvorbereitung, Waldrandgestaltung und Sicherung der Kultur während der ersten fünf Jahre. Hierunter fallen auch Erhebungen, wie z. B. Standortgutachten, die der Vorbereitung der Maßnahme dienen.

D 2.2 Nachbesserungen, wenn bei den geförderten Kulturen aufgrund natürlicher Ereignisse (außer Wildverbiss) Ausfälle in Höhe von mehr als 30 % der Pflanzenzahl oder 1 ha zusammenhängende Fläche aufgetreten sind und der Waldbesitzer den Ausfall nicht zu vertreten hat. Nachbesserungen sollen grundsätzlich dem geförderten Kulturtyp entsprechen.

D 3 Ausschluss

Von der Förderung ausgeschlossen sind:

D 3.1 Weihnachtsbaum- und Schmuckreisigkulturen sowie Kurzumtriebsflächen mit einer Umtriebszeit von bis 20 Jahren, sowie die Anpflanzung von schnellwachsenden Bäumen für die Energieerzeugung.

D 3.2 Erstaufforstungen, die zu einer Beseitigung, Beschädigung oder erheblichen Beeinträchtigung von Naturschutzgebieten i. S. § 23, Nationalparks i. S. § 24, gesetzlich geschützten Biotopen i. S. § 30 sowie NATURA 2000-Gebieten i. S. § 32 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) führen.

D 3.3 Aufforstungen von landschaftsprägenden Wiesentälern.

D 3.4 Ersatzaufforstungen für Waldumwandlungen sowie Aufforstungen, die Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen für Eingriffe in Natur und Landschaft i. S. § 14 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) darstellen.

D 4 Spezielle Zuwendungsvoraussetzungen

D 4.1 Die Aufforstung ist nur bei Verwendung standortgerechter Baumarten förderungsfähig. Dabei ist ein hinreichender Anteil standortheimischer Baumarten einzuhalten.

D 4.2 Zuwendungen dürfen nur bewilligt werden bei Verwendung von herkunftsgesichertem sowie standortgerechtem Vermehrungsgut.

D 4.3 Reine Nadelbaumkulturen sowie Mischkulturen mit weniger als 30 % Laubbaumanteil sind nur in Fällen fehlender standörtlicher Wuchsbedingungen für Laubbaumanteile förderfähig.

D 5 Sonstige Bestimmungen

Die Förderung erfolgt unter der Verpflichtung, dass die aufgeforsteten Flächen ordnungsgemäß gepflegt werden.

K Bewältigung von Extremwetterereignissen

K 1 Zuwendungszweck

Ziel der Förderung ist die Bewältigung der durch Extremwetterereignisse verursachten Folgen im Wald. Dies sind Waldschutzmaßnahmen sowie Maßnahmen zur Sicherung oder Wiederherstellung von Waldökosystemen.

K 2 Gegenstand der Förderung

K 2.1 Überwachung, Vorbeugung oder Bekämpfung von Schadorganismen (u. a. Mäuse, Insekten) im Rahmen des integrierten Pflanzenschutzes, auch für die nach der Nr. K 2.5 begründeten Kulturen. Gefördert werden können die Beschaffung von geeigneten Sachmitteln (z. B. Lockstoffe, Fallen und Pflanzenschutzmittel) und deren Anwendung.

K 2.2 Bekämpfung von Schadorganismen durch Auffinden und Aufarbeitung von befallenem oder unmittelbar befallsgefährdetem Holz oder sonstige Vorhaben, die die Bruttauglichkeit von Holz, Restholz und Reisig soweit herabsetzen, dass Gefährdungen von diesem Material nicht mehr ausgehen oder gar nicht erst entstehen. Gefördert werden können:

- die Aufarbeitung von Schadholz (Wurf-, Bruchholz bzw. käferbefallenes Holz),

- die Herabsetzung der Bruttauglichkeit von aufgearbeitetem Holz durch Entrindung des Holzes, Einsatz von Polterschutznetzen oder Behandlung mit zugelassenen Insektiziden,
- bestandes- und bodenschonende Räumung von Kalamitätsflächen mit dem Ziel der Beseitigung von gefährdenden Resthölzern und Schlagabraum und
- der Transport des aufgearbeiteten Holzes in Rinde in ein Zwischenlager.

K 2.3 Anlage und Betrieb von Holzlagerplätzen (Nass- und Trockenlager) zur Lagerung der Kalamitätshölzer. Gefördert werden können:

- die Errichtung der Lagerplätze einschließlich einer Zufahrt,
- der Kauf von geeigneten Sachmitteln,
- die Miete bzw. Pacht von geeigneten Flächen sowie
- die Unterhaltung und der Betrieb der Lagerplätze für höchstens fünf Jahre.

K 2.4 Maßnahmen zur Prävention gegen Waldbrände. Gefördert werden können:

- der Erwerb von geeigneten Sachmitteln einfacher Art, wie z. B. Feuerpatschen,
- die Anlage von Waldbrandschutzstreifen mit standortgerechten und feuerhemmenden Baumarten,
- die Planung, Errichtung und Unterhaltung von Wundstreifen und Brandschutzschneisen sowie
- die Anlage oder Erweiterung von Feuerlöschteichen und Löschwasserentnahmestellen.

K 2.5 forstfachliche Begleitung von Vorhaben der Nr. K 2.1 bis K 2.4

Förderfähig sind die Ausgaben für die forstfachliche Vorbereitung, Leitung und Koordinierung der Vorhaben.

K 3 Ausschluss

Nicht förderfähig sind:

- Maßnahmen des regulären Holzeinschlags und reguläre Transportkosten zum Vollzug des Verkaufsgeschäfts für bereits vermarktetes Holz,
- der Kauf von Maschinen und Geräten, ausgenommen Geräte, die bei Maßnahmen nach der Nr. K 2.3 für den ordnungsgemäßen Betrieb der jeweiligen Anlagen erforderlich sind,
- kommunale Pflichtaufgaben, wie z. B. Unterhaltung von Feuerwehren,
- Maßnahmen auf Flächen, auf denen die Bewirtschaftung aufgrund rechtlicher Vorschriften dauerhaft untersagt ist, z. B. Kernzonen von Nationalparks oder Biosphärenreservaten; förderfähig sind jedoch Maßnahmen nach Nr. K 2.4 Anstrich 3 (Wundstreifen und Brandschutzschneisen) sowie Anstrich 4 (Feuerlöschteiche und Löschwasserentnahmestellen) und
- Beratungsleistungen im Rahmen der Fördermittelantragstellung, die durch öffentliche Verwaltungen erbracht werden.

K 4 Zuwendungsvoraussetzungen

K 4.1 Die Maßnahmen müssen unmittelbar in Zusammenhang mit der Bewältigung der durch Extremwetterereignisse bedingten Schäden und Folgeschäden (z. B. Borkenkäfer) stehen sowie der Wiederherstellung standortgerechter und klimaangepasster Waldbestände auf den geschädigten Flächen dienen.

Die Feststellung und Dokumentation von Extremwetterereignissen erfolgt durch die Landesforstanstalt, die Festlegung des zur Bewältigung erforderlichen Zeitraums durch das für Forsten zuständige Ministerium.

K 4.2 Die Überwachung und Bekämpfung von Schadorganismen (K 2.1, K 2.2 und K 2.3) stützt sich auf flächendeckende, wissenschaftlich fundierte und durch die Landesforstanstalt anerkannte Verfahren. Die Eignung der geplanten Vorhaben zur Bewältigung der Extremwetterereignisse wird durch die Landesforstanstalt insbesondere auch auf der Grundlage der vorliegenden Informationen aus dem Forstschutzmeldewesen hinsichtlich Wirksamkeit beurteilt.

Dabei sind die Risiken für das Ökosystem und die menschliche Gesundheit durch Einsatz von Pflanzenschutzmitteln durch den integrierten Pflanzenschutz zu minimieren.

Die Vorhaben sind im Sinne des integrierten Waldschutzes umzusetzen. Dessen Grundsätze sind:

- gefahrdrohende Schadensentwicklungen frühzeitig zu erkennen und zu lokalisieren,
- notwendige Waldschutzmaßnahmen nach Möglichkeit auf mechanische und/oder biologische Verfahren zu beschränken,
- chemische Bekämpfungsverfahren nur in begründeten Ausnahmefällen, wie z. B. bestandesbedrohenden Situationen, einzuleiten und
- den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln auf kleinster Fläche und mit geringster Nebenwirkung durchzuführen.

K 4.3 Vorhaben nach der Nr. K 2.2 Satz 2 Anstrich 1 und 2 sind nur förderfähig, sofern das Eigentum an Holz noch nicht auf Dritte übergegangen ist.

K 4.4 Vorhaben nach der Nr. K 2.2 Satz 2 Anstrich 4 sind nur förderfähig, sofern das Eigentum an Holz noch nicht auf Dritte übergegangen ist und keine Förderung nach dem Anstrich 2 erfolgte.

K 4.5 Vorhaben nach der Nr. K 2.3 sind nur dann förderfähig, sofern von dem Holzlagerplatz keine Gefährdung für etwaigen benachbarten Baumbestand ausgeht.

K 4.6

Die Maßnahmen nach Nr. K 2.4 müssen mit dem vom Land erstellten Waldschutzplan in Einklang stehen und kommen nur für Waldgebiete in Betracht, deren Waldbrandrisiko gemäß dem Waldschutzplan mittel bis hoch ist.

K 5 Sonstige Bestimmungen

Zur Herleitung der Waldflächengröße der antragstellenden Waldbesitzer ist bei genossenschaftlichem Waldeigentum die durchschnittliche Anteilsfläche je Waldgenossenschaftsmitglied maßgebend.

L Vertragsnaturschutz im Wald

L 1 Zwecksetzung

Ziel der Förderung sind der Schutz sowie die Erhaltung, und Wiederherstellung von Lebensräumen und Lebensstätten wildlebender Tier- und Pflanzenarten im Wald sowie Verbesserung der lebensraumtypischen biologischen Vielfalt der Waldökosysteme.

L 2 Gegenstand der Förderung

Förderfähig ist die forstliche Bewirtschaftung von Waldflächen nach naturschutzfachlichen Vorgaben. Dazu zählen insbesondere:

L 2.1 Sicherung bzw. Entwicklung von Strukturelementen in Wäldern durch Verzicht auf die Nutzung von Habitatbäumen

Als Habitatbäume können Bäume ab BHD mit Rinde > 35 cm mit folgenden Merkmalen ausgewählt werden: Faulstellen, abfallende Rinde, Pilzkonsolen, Blitzschäden, als potentielle Höhlen- und Horstbäume geeignete Bäume, Bäume mit abgebrochenen Kronen/-teilen oder mit bizarren Formen.

L 2.2 Anwendung von boden- und bestandesschonenden Holzernteverfahren

Gefördert wird der Einsatz von Rückepferden mit den Zielen der Minderung der mechanischen Belastung des Bodens, der Erhaltung der Bodenfunktionen und Vermeidung von Schäden im Bestand.

L 3 Förderausschluss

Nicht förderfähig sind:

- Planungsarbeiten, die gesetzlich vorgeschrieben sind,
- Leistungen der öffentlichen Verwaltung,
- Kauf von Tieren,
- Kauf von Maschinen und Geräten,
- Maßnahmen, die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für Eingriffe in Natur und Landschaft im Sinne des § 14 Bundesnaturschutzgesetz oder für Nutzungsartenänderungen im Sinne des § 10 Thüringer Waldgesetz (ThürWaldG) darstellen,
- Maßnahmen auf Flächen, auf denen die Bewirtschaftung aufgrund rechtlicher Vorschriften dauerhaft untersagt ist, z. B. Kernzonen von Nationalparks oder Biosphärenreservaten,
- Maßnahmen auf Flächen, die dem Zuwendungsempfänger zum Zwecke des Naturschutzes unentgeltlich übertragen worden sind,
- Maßnahmen, die bereits durch andere Förderrichtlinien oder anderer Maßnahmen dieser Förderrichtlinie gefördert werden,
- Maßnahmen, die nach Bundeswaldgesetz (BWaldG) oder Landeswaldgesetzen zu den gesetzlichen Pflichten des Waldeigentümers gehören.

L 4 Zuwendungsvoraussetzungen

L 4.1 für Vorhaben nach der Nr. L 2.1

Die Vorhaben müssen den naturschutzfachlichen Zielen zur Entwicklung eines Waldgebietes entsprechen. Die Ziele sind in einer Projektbeschreibung bzw. einem Fachkonzept darzulegen und bedürfen einer Prüfung und Bestätigung durch die jeweils zuständige untere Naturschutzbehörde und die Landesforstanstalt, sofern sie nicht bereits Bestandteil bestätigter Fachplanungen, z. B. des Fachbeitrags Wald als Bestandteil des Managementplans für ein NATURA 2000-Gebiet sind.

Der Waldbesitzer verpflichtet sich mit dem Förderantrag zur freiwilligen Umsetzung der in der Projektbeschreibung bzw. dem Fachkonzept/Fachbeitrag benannten Schutz- und Erhaltungszielen.

Die geförderten Habitatbäume müssen bis zum natürlichen Zerfall im Bestand verbleiben und sind durch den Zuwendungsempfänger dauerhaft mit eindeutiger Nummer je Antragsteller mit Angabe des Jahres (zweistellig) und laufender Nummer (dreistellig), z. B. 20/009 zu markieren.

Die Antragsfläche ist die Flurstückfläche bzw. im Fall von räumlich zusammenhängenden Flurstücken die Summe der Flurstückflächen. Förderfähig sind Einzelexemplare oder räumlich in Trupps konzentrierte Bäume. Je ha Antragsfläche können insgesamt bis zu 15 Bäume ausgewiesen werden.

Die Zahlungen für die Bäume werden nur geleistet, sofern ein Verzicht auf die Holznutzung erfolgt. Die zur Förderung beantragten Bäume oder Baumteile müssen rohstofflich verwendbar oder energetisch verwertbar sein. Zum Zeitpunkt der Antragstellung bereits liegendes Totholz wird nicht gefördert.

Eine Förderung ist nur möglich, sofern der Abstand der ausgewählten Bäume zu öffentlich gewidmeten Verkehrswegen oder bebauten Grundstücken mindestens 50 m beträgt. Die

Verantwortung für die Verkehrssicherung und Gefahrenabwehr verbleibt unbeschadet der Förderung beim Waldbesitzer.

Eine Kombination der Förderung mit Vorhaben der Nr. 2.3 des „Thüringer Landesprogramms zur Bewältigung der Folgen von Extremwetterereignissen im Wald“ in der jeweils geltenden Fassung auf einer Antragsfläche ist innerhalb eines Antragsjahres nicht möglich.

Eine Förderung ist für Bäume, die bereits nach der Nr. E 2.2 oder F 2.4 der Thüringer Richtlinie zur Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen vom 4. Juni 2019 (ThürStAnz Nr. 26/2019 S. 1019 – 1042) in der jeweils geltenden Fassung oder den entsprechenden Vorgängervorschriften gefördert wurden, nicht möglich.

L 4.2 für Vorhaben nach der Nr. L 2.2

Eine Förderung ist nur möglich, sofern auf den Waldflächen eine dauerhafte, gelände- und bestandesangepasste innere Erschließung (Rückelinien/-wege) von maximal 200 lfm/ha genutzt wird.

L 5 Sonstige Bestimmungen

Die Förderung der bewilligten Vorhaben erfolgt unter Beachtung der VO (EU) Nr. 1407/2013 über „De-minimis“- Beihilfen. Der Gesamtwert der einem Unternehmen gewährten „De-minimis“- Beihilfen darf 200.000 Euro bezogen auf einen Zeitraum von drei Jahren nicht übersteigen.

II.2 Maßnahmen des EPLR ohne GAK-Beteiligung

E Waldumweltmaßnahmen

E 1 Zwecksetzung

Ziel ist die Sicherung und Entwicklung von Waldbiotopen und -habitaten in ökologisch und naturschutzfachlich wertvollen Wäldern. In der Projektbeschreibung bzw. dem Fachkonzept/Fachbeitrag Wald des Managementplans sind zur Sicherung der biologischen Vielfalt und des Erhaltungszustands der natürlichen Lebensräume und Arten Schutz- und Erhaltungsziele mit konkreten Durchführungshinweisen für die Waldbesitzer festgeschrieben. Diese Schutz- und Erhaltungsziele sollen auf der Grundlage freiwilliger vertraglicher Verpflichtungen erreicht werden. Die Zahlungen decken die zusätzlichen Kosten bzw. Einkommensverluste für über die ordnungsgemäße Bewirtschaftung der Wälder hinausgehende Verpflichtungen.

Eine Unterstützung wird gewährt, sofern die vertraglichen Vereinbarungen mit Einschränkungen in der Bewirtschaftung durch die Waldbesitzer einhergehen und dies zu zusätzlichen Kosten und/oder Einkommensverlusten gegenüber einer regulären ordnungsgemäßen Waldbewirtschaftung gemäß ThürWaldG führt.

E 2 Gegenstand der Förderung

E 2.1 Zahlungen für freiwillige Verpflichtungen, die zu Bewirtschaftungsnachteilen in ausgewiesenen Waldlebensräumen führen. Dies betrifft:

- a) den Ausschluss bzw. die Begrenzung des Baumartenwechsels, insbesondere Verzicht auf den Anbau von Nadelbäumen oder
- b) Einschränkungen in der Endnutzung (Hiebsruhe/Nutzungsverzicht) von Altbeständen.

Die Vorhaben zielen auf die Erhaltung oder Wiederherstellung eines günstigen Zustands des lebensraumtypischen Gehölzarteninventars und Erhaltung der Raumstruktur in ausgewiesenen FFH-Waldlebensräumen.

E 2.2 Anwendung von traditionellen Waldbetriebsarten des Nieder- und Mittelwaldes

Die betreffenden Waldflächen müssen nach einem von der Landesforstanstalt bestätigten Konzept bewirtschaftet werden, in dem u. a. die Nutzungsmengen für die einzelnen Hiebsflächen (Schläge) festgelegt sind.

E 3 Ausschluss

Vorhaben, zu deren Umsetzung die Waldeigentümer aufgrund von gesetzlichen Vorgaben, z. B. Rechtsverordnungen gemäß Thüringer Gesetz für Natur und Landschaft (ThürNatG) oder Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) verpflichtet sind, werden nicht gefördert.

E 4 Zuwendungsvoraussetzungen

Voraussetzung ist, dass die in der Projektbeschreibung bzw. dem Fachkonzept bezeichneten Vorhaben den naturschutzfachlichen Zielen zur Entwicklung eines Waldgebietes entsprechen. Diese Ziele sind entweder in bestätigten Fachplanungen, z. B. im Fachbeitrag Wald als Bestandteil des Managementplans für ein NATURA 2000-Gebiet oder im vorläufigen Waldbehandlungskonzept definiert oder bedürfen einer Prüfung und Bestätigung durch die jeweils zuständige untere Naturschutzbehörde und das für Forsten zuständige Ministerium.

Die Fachplanung ist Grundlage für den Abschluss einer vertraglichen Vereinbarung mit einer Laufzeit von mind. fünf max. jedoch sieben Jahren zwischen dem Waldbesitzer und dem Freistaat Thüringen, vertreten durch die Landesforstanstalt, über den Schutz, die Pflege und Bewirtschaftung der betreffenden Waldflächen.

Eine Förderung von Vorhaben ist ab einer Betriebsgröße von 5 ha nur möglich, sofern ein Waldbewirtschaftungsplan im Sinne einer periodischen Planung gemäß § 20 ThürWaldG vorliegt. Bei forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen ist als Schwelle die Größe des angeschlossenen Einzelbetriebs maßgeblich. Folgende Informationen aus dem Waldbewirtschaftungsplan sind vorzulegen:

- Gültigkeitsstichtag,
- zur Förderung beantragte Fläche ist im Plan enthalten und
- Nachhaltigkeitshiebssatz ist vorhanden.

Als Waldbewirtschaftungsplan bzw. gleichwertiges Instrument i. S. von Artikel 21, Absatz 2 der VO (EU) Nr. 1305/2013, gelten auch die Fachbeiträge Wald im Rahmen der NATURA 2000-Managementplanung, soweit sie bestandesspezifische Vorhabensdaten enthalten. Sofern noch kein Fachbeitrag Wald für ein NATURA 2000-Gebiet erstellt wurde, kann Übergangsweise bis zu dessen Vorliegen das vorläufige Waldbehandlungskonzept für das jeweilige Gebiet als Waldbewirtschaftungsplan herangezogen werden. Weitere Unterlagen zur Beurteilung der Situation der einzelnen Waldfläche sind in diesem Fall die Steckbriefe für die Wald-Lebensraumtypen und die Matrices zur Bewertung des Erhaltungszustandes.

Als gleichwertiges Instrument i. S. von Artikel 21, Absatz 2 der VO (EU) Nr. 1305/2013 gilt zudem das Sofortmaßnahmenkonzept zur Sicherung von Habitatbäumen.

E 4.1 für Vorhaben nach der Nr. E 2.1

Die Vorhaben bedingen insbesondere auch Beschränkungen beim Anbau von Nadelbäumen und sind ausschließlich in Lebensraumtypen eines NATURA 2000-Gebiets förderfähig. Der Zuschuss für den Verzicht auf die Holznutzung in ausgewiesenen Waldbeständen nach Nr. E 2.1 b) wird nur gezahlt, sofern die Fläche im Fachbeitrag Wald des Managementplans für das betreffende NATURA 2000-Gebiet mit dieser Auflage belegt ist.

Für die Flächen des aktuellen Antragsjahres ist der Stand der veröffentlichten NATURA 2000-Managementplanung zum 31. Dezember des Vorjahres maßgeblich.

E 5 Sonstige Bestimmungen

Forstbetriebe, die Waldumweltmaßnahmen auf der Grundlage des Artikels 47 der VO (EU) Nr. 1698/2005 abgeschlossen haben, die in die Förderperiode 2014-2020 hineinreichen und keine Revisionsklausel enthalten, können vor Ablauf des laufenden Verpflichtungszeitraums

eine neue Verpflichtung gemäß Artikel 34 der VO (EU) Nr. 1305/2013 beantragen, soweit damit die Bestimmungen des Artikels 14 Absatz 1 der Delegierten VO (EU) Nr. 807/2014 beachtet werden.

F Erhaltung forstgenetischer Ressourcen

F 1 Anwendungszweck

Ziel der Förderung ist die Erhaltung von Wäldern mit hoher Biodiversität und standortheimischen Herkünften (genetischen Ressourcen) der verschiedenen Baumarten. Die Vorhaben zum Schutz genetischer Ressourcen dienen der Änderung bisheriger Praktiken und sind in der Projektbeschreibung bzw. dem Fachkonzept mit konkreten Durchführungshinweisen für die Waldbesitzer festgeschrieben. Diese Ziele sollen auf der Grundlage freiwilliger vertraglicher Verpflichtungen erreicht werden.

Eine Unterstützung wird gewährt, sofern die vertraglichen Vereinbarungen mit zusätzlichen Aufwendungen bzw. Einschränkungen in der Bewirtschaftung durch die Waldbesitzer einhergehen und dies zu zusätzlichen Kosten und/oder Einkommensverlusten gegenüber einer regulären ordnungsgemäßen Waldbewirtschaftung gemäß ThürWaldG führt.

F 2 Gegenstand der Förderung

F 2.1 Informationsaustausch mit anderen Einrichtungen auch außerhalb Thüringens für die Erhaltung forstgenetischer Ressourcen

F 2.2 Sammlung, Prüfung und Analyse von Saatgut und Pflanzenmaterialien, einschließlich Informationsprojekte

F 2.3 Neuanlage und Sicherung von Samenplantagen zur Erhaltung genetischer Ressourcen einschließlich Vorarbeiten (z. B. Zulassung) und Informationsprojekte

Die Vorhaben sind nur förderfähig, sofern

- der Zweck und die Bestimmungen des Forstvermehrungsgutgesetzes (FoVG) beachtet und
- die fachliche Eignung des Vorhabens durch die Landesforstanstalt geprüft und bestätigt wurde.

F 2.4 Erhaltung genetischer Ressourcen von standortheimischen Herkünften durch Belassen und Sicherung von Exemplaren seltener Baumarten (z. B. Speierling, Wildobst) im Waldbestand

Das beantragte Exemplar seltener Baumarten muss der Sicherung forstgenetischer Ressourcen dienen und durch die Landesforstanstalt als erhaltungswürdig eingestuft werden. Als Einzelexemplare seltener Baumarten können Bäume mit einem Mindest-BHD ab 15 cm gefördert werden.

F 3 Ausschluss

Ausgeschlossen sind Vorhaben, zu deren Umsetzung die Waldeigentümer aufgrund von gesetzlichen Vorgaben, z. B. Rechtsverordnungen gemäß Thüringer Gesetz für Natur und Landschaft (ThürNatG) oder Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) verpflichtet sind.

Bäume, die nach den Richtlinien des TMLFUN vom 30. Juli 2009 (ThürStAnz Nr. 34/2009 S. 1412 – 1416) und vom 20. Dezember 2012 (ThürStAnz Nr. 4/2013 S. 175 -179) gefördert wurden, sind bei Vorhaben nach der Nr. F 2.4 nicht förderfähig.

F 4 Anwendungsvoraussetzungen

Voraussetzung ist, dass die in der Projektbeschreibung bzw. dem Fachkonzept bezeichneten Vorhaben den Zielen zur Sicherung forstgenetischer Ressourcen entsprechen. Die Projektbeschreibung bzw. das Fachkonzept bedürfen der Zustimmung des für Forsten zuständigen Ministeriums.

Die Projektbeschreibung bzw. das Fachkonzept sind Grundlage für den Abschluss einer vertraglichen Vereinbarung mit einer Laufzeit von mind. fünf max. jedoch sieben Jahren zwischen dem Waldbesitzer und dem Freistaat Thüringen, vertreten durch die Landesforstanstalt.

Sofern ein Vorhaben in Umsetzung durch die Landesforstanstalt erfolgt, wird die vertragliche Vereinbarung durch eine Verpflichtungserklärung mit einer Laufzeit von mind. fünf max. jedoch sieben Jahren ersetzt.

Eine Förderung von Vorhaben ist ab einer Betriebsgröße von 5 ha nur möglich, sofern ein Waldbewirtschaftungsplan im Sinne einer periodischen Planung gemäß § 20 ThürWaldG vorliegt. Bei forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen ist als Schwelle die Größe des angeschlossenen Einzelbetriebs maßgeblich. Folgende Informationen aus dem Waldbewirtschaftungsplan sind vorzulegen:

- Gültigkeitsstichtag,
- zur Förderung beantragte Fläche ist im Plan enthalten und
- Nachhaltigkeitshiebssatz ist vorhanden.

Als gleichwertiges Instrument i. S. von Artikel 21, Absatz 2 der VO (EU) Nr. 1305/2013 gelten die vom für Forsten zuständigen Ministerium bestätigten Projektbeschreibungen/Fachkonzepte zur Sicherung forstgenetischer Ressourcen.

F 5 Sonstige Bestimmungen

Die nach Nr. F 2.4 geförderten Bäume sind durch den Zuwendungsempfänger dauerhaft zu markieren und müssen bis zum Zerfall im Bestand verbleiben. Die Kennzeichnung der Bäume ist gut sichtbar mit eindeutiger Nummer je Antragsteller im Format Jahr (zweistellig)/Ifd. Nummer (dreistellig), z. B. 15/008 vorzunehmen.

Die Vorhaben der Maßnahme F gemäß Abs. 4 des Artikels 34 der VO (EU) Nr. 1305/2013 sind keine flächenbezogenen Maßnahmen und unterliegen nicht der in Anhang II der VO (EU) Nr. 1305/2013 benannten Höchstgrenze je ha. Das integrierte Verwaltungs- und Kontrollsystem gemäß Artikel 67 ff. der VO (EU) 1306/2013 wird deshalb nicht angewendet.

G Vorbeugung gegen Kalamitäten

G 1 Zuwendungszweck

Die Förderung leistet einen Beitrag zur Sicherung und Erhöhung der Stabilität, Naturnähe und Multifunktionalität der Wälder. Mit speziellen Maßnahmen auf den betroffenen Waldflächen soll eine Überwachung des Gefahrenpotentials erfolgen, die Vorbeugung verbessert und damit ein Beitrag zur Erhaltung der Stabilität und ökologischen Leistungsfähigkeit der Wälder geleistet werden.

Vorhaben, die ausschließlich der Verbesserung der Rentabilität der Forstbetriebe bzw. des wirtschaftlichen Wertes der Wälder dienen, werden nicht gefördert.

G 2 Gegenstand der Förderung

Gefördert werden vorbeugend wirkende Projekte zur Überwachung des Gefährdungspotentials der Wälder und Vorbeugung gegen Insektenkalamitäten. Dazu zählen:

- Anlage von maschinenbefahrbaren Rückewegen (Maschinenwegen) zur Feinerschließung gefährdeter Waldgebiete,
- Kontrolle und Bekämpfung von Schadinsekten mittels Lockstoffen sowie durch geeignete Projekte bei der Aufarbeitung von Holz (z. B. Entrinden) und
- vorbeugende Flächenräumung von gefährdenden Resthölzern nach Schadereignissen.

Die regulären Ernte- und Transportkosten für aufgearbeitetes Holz sind nicht förderfähig.

Eine Förderung kann zur Überwachung und Vorbeugung insbesondere gegen die nachfolgend aufgeführten Schädlinge/Krankheiten gewährt werden:

- sämtliche Nadelholzborkenkäferarten (insbesondere Buchdrucker, Kupferstecher, Lärchenborkenkäfer, Kiefernborkekäferarten),
- Rüsselkäferarten (insbesondere Großer Brauner Rüsselkäfer),
- Prachtkäfer (insbesondere Blauer Kiefernprachtkäfer),
- Blattwespen (insbesondere Fichtengespinntblattwespe, Kiefernbuschhornblattwespe),
- schädigende Falter in Nadelbaumbeständen (insbesondere Nonne, Forleule, Kiefernspanner, Kiefernspinner),
- Eichenfraßgesellschaft (insbesondere Grüner Eichenwickler, Kleiner und großer Frostspanner, Schwammspinner, Eichenprozessionsspinner) und
- Kurzschwanzmäuse sowie
- pilzliche Schaderreger, wie z. B. Eschentriebsterben, Komplexerkrankung in Buchenbeständen und Douglasienschütte, Rußrindenkrankheit an Ahorn.

Ausgaben/Kosten für die laufende Unterhaltung der Vorhaben sind nicht förderfähig.

G 3 Ausschluss

Vorhaben, zu deren Umsetzung die Waldeigentümer aufgrund von gesetzlichen Vorgaben, z. B. Rechtsverordnungen gemäß Thüringer Waldgesetz (ThürWaldG), Thüringer Gesetz für Natur und Landschaft (ThürNatG) oder Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) in der jeweils geltenden Fassung verpflichtet sind, werden nicht gefördert.

G 4 Zuwendungsvoraussetzungen

Eine Förderung von Vorhaben ist ab einer Betriebsgröße von 5 ha nur möglich, sofern ein Waldbewirtschaftungsplan im Sinne einer periodischen Planung gemäß § 20 ThürWaldG vorliegt. Bei forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen ist als Schwelle die Größe des angeschlossenen Einzelbetriebs maßgeblich. Folgende Informationen aus dem Waldbewirtschaftungsplan sind vorzulegen:

- Gültigkeitsstichtag,
- zur Förderung beantragte Fläche ist im Plan enthalten und
- Nachhaltigkeitshiebssatz ist vorhanden.

G 5 Sonstige Bestimmungen

Die Überwachung der Schädlinge/Krankheiten stützt sich auf flächendeckende, wissenschaftlich fundierte und durch die Landesforstanstalt anerkannte Verfahren (Forstschutzmeldewesen). Das geplante Vorhaben zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit als Schadensvorbeugung wird durch die Landesforstanstalt hinsichtlich Wirksamkeit geprüft. Die Eignung der möglichen Abwehr und Bekämpfungsmethoden wird auf der Grundlage der vorliegenden Informationen aus dem Forstschutzmeldewesen beurteilt.

Dabei sind die Risiken für das Ökosystem und die menschliche Gesundheit durch Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu minimieren.

Die Vorhaben sind im Sinne des integrierten Waldschutzes umzusetzen. Dessen Grundsätze sind:

- gefahrdrohende Schadensentwicklungen frühzeitig zu erkennen und zu lokalisieren,
- notwendige Waldschutzmaßnahmen nach Möglichkeit auf mechanische und/oder biologische Verfahren zu beschränken,
- chemische Bekämpfungsverfahren nur in begründeten Ausnahmefällen, wie z. B. bestandesbedrohenden Situationen, einzuleiten und
- den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln auf kleinster Fläche und mit geringster Nebenwirkung durchzuführen.

Die Anlage von maschinenbefahrbaren Rückewegen (Maschinenwegen) zur Feinerschließung gefährdeter Waldgebiete umfasst Vorhaben, die nicht im Rahmen des forstwirtschaftlichen Wegebaus förderfähig sind.

H Investive Waldumweltmaßnahmen

H 1 Verwendungszweck

Die Förderung leistet einen Beitrag zur Sicherung und Erhöhung der Stabilität, Naturnähe und Multifunktionalität der Wälder.

Die Maßnahme zielt auf die Erhaltung bzw. Steigerung des ökologischen Wertes und der Biodiversität der Wälder oder unterstützt die klimatische Anpassung der Waldbestände. Gefördert werden investive Waldumweltmaßnahmen zur Renaturierung, Gestaltung und Entwicklung von Lebensräumen, Biotopen und Habitaten mit dem Ziel der Sicherung und Entwicklung der Strukturvielfalt und Biodiversität unter ökologischen und naturschutzfachlichen Gesichtspunkten.

Vorhaben, die ausschließlich der Verbesserung der Rentabilität der Forstbetriebe bzw. des wirtschaftlichen Wertes der Wälder dienen, werden nicht gefördert.

H 2 Gegenstand der Förderung

Zu investiven Waldumweltmaßnahmen zählen:

- Renaturierung/Revitalisierung von stark anthropogen veränderten Waldlebensraumtypen, Biotopen und Habitaten,
- Neuanlage, Sicherung, Entwicklung und Pflege von Waldlebensraumtypen, Biotopen und Habitaten im Wald einschließlich Vorarbeiten und Information der Öffentlichkeit,
- Herstellung spezieller Waldstrukturen aus Artenschutzgründen,
- Sicherung historischer, kultureller sowie landschafts- und naturschutzwertvoller Strukturelemente und
- Projekte zur Bestandsstützung bedrohter heimischer Wildtierarten.

Ausgaben/Kosten für die laufende Unterhaltung der Vorhaben sind nicht förderfähig.

H 3 Ausschluss

Vorhaben, zu deren Umsetzung die Waldeigentümer aufgrund von gesetzlichen Vorgaben, z. B. Rechtsverordnungen gemäß Thüringer Waldgesetz (ThürWaldG), Thüringer Gesetz für Natur und Landschaft (ThürNatG) oder Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) in der jeweiligen Fassung verpflichtet sind, werden nicht gefördert.

H 4 Zuwendungsvoraussetzungen

Voraussetzung ist, dass die in der Projektbeschreibung bzw. dem Fachkonzept bezeichneten Vorhaben den naturschutzfachlichen Zielen zur Entwicklung eines Waldgebietes entsprechen. Diese Ziele sind entweder in bestätigten Fachplanungen, z. B. im Fachbeitrag Wald als Bestandteil des Managementplans für ein NATURA 2000-Gebiet oder im vorläufigen Waldbehandlungskonzept definiert oder bedürfen einer Prüfung und Bestätigung durch die jeweils zuständige untere Naturschutzbehörde und das für Forsten zuständige Ministerium.

Die Fachplanung ist Grundlage für den Abschluss einer vertraglichen Vereinbarung mit einer Laufzeit von mind. fünf max. jedoch sieben Jahren zwischen dem Waldbesitzer und dem Freistaat Thüringen, vertreten durch die Landesforstanstalt, über den Schutz, die Pflege und Bewirtschaftung der betreffenden Waldflächen.

Sofern ein Vorhaben in Umsetzung durch die Landesforstanstalt erfolgt, wird die vertragliche Vereinbarung durch eine Verpflichtungserklärung mit einer Laufzeit von mind. fünf max. jedoch sieben Jahren ersetzt.

Eine Förderung von Vorhaben ist ab einer Betriebsgröße von 5 ha nur möglich, sofern ein Waldbewirtschaftungsplan im Sinne einer periodischen Planung gemäß § 20 ThürWaldG

vorliegt. Bei forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen ist als Schwelle die Größe des angeschlossenen Einzelbetriebs maßgeblich. Folgende Informationen aus dem Waldbewirtschaftungsplan sind vorzulegen:

- Gültigkeitsstichtag,
- zur Förderung beantragte Fläche ist im Plan enthalten und
- Nachhaltigkeitshiebssatz ist vorhanden.

Fachbeiträge Wald im Rahmen der NATURA 2000-Managementplanung gelten als Waldbewirtschaftungsplan bzw. gleichwertiges Instrument i. S. von Artikel 21, Absatz 2 der VO (EU) Nr. 1305/2013, soweit sie bestandesspezifische Vorhabensdaten enthalten. Als gleichwertiges Instrument i. S. von Artikel 21, Absatz 2 der VO (EU) Nr. 1305/2013 gelten die vom für Forsten zuständigen Ministerium bestätigten Projektbeschreibungen bzw. Fachkonzepte.

I Bodenschutzkalkung

I 1 Zuwendungszweck

Die Förderung leistet einen Beitrag zur Sicherung und Erhöhung der Stabilität, Naturnähe und Multifunktionalität der Wälder.

Das Ziel der Förderung besteht darin, die Filter-, Puffer und Speicherfunktion der Waldböden zu erhalten, indem durch die Bodenschutzkalkung einer weiteren Versauerung der Böden und Entstehung von Nährstoffungleichgewichten entgegengewirkt wird. Dies trägt dazu bei, die Widerstandsfähigkeit der Wälder, insbesondere auch gegen die aus dem Klimawandel resultierenden Umwelteinflüsse, zu erhöhen.

Die Vorhaben zielen auf den Ausgleich von negativen Umwelteinflüssen (Schadstoffeinträge), die auf Waldböden einwirken.

Vorhaben im Sinne einer Düngung von Waldflächen, die ausschließlich der Verbesserung der Rentabilität der Forstbetriebe bzw. des wirtschaftlichen Wertes der Wälder dienen, werden nicht gefördert.

I 2 Gegenstand der Förderung

Die Bodenschutzkalkung mit kohlenurem Magnesiumkalk dient der Kompensation des weiterhin auftretenden, emissionsbedingten Säureeintrages und damit dem Erhalt und Schutz des Waldbodens. Förderfähig sind im Einzelnen:

- Vorarbeiten, wie Untersuchungen, Analysen, Standortgutachten, fachliche Stellungnahmen und Erhebungen, die der Vorbereitung einer Bodenschutzkalkung dienen.
- Durchführung der Bodenschutzkalkungsmaßnahmen mittels geeigneter Technologie.

I 3 Ausschluss

Von der Förderung ausgeschlossen sind Vorhaben auf Waldflächen, die von der Landesforstanstalt als nicht kalkungsbedürftig eingeordnet werden.

I 4 Spezielle Zuwendungsvoraussetzungen

Eine Förderung von Vorhaben ist nur möglich, sofern für die Bodenschutzkalkung eine Planung der Landesforstanstalt mit Nachweis der Kalkungsbedürftigkeit vorliegt, die als gleichwertiges Instrument zu einem Waldbewirtschaftungsplan i. S. von Artikel 21, Absatz 2 der VO (EU) Nr. 1305/2013 gilt.

I 5 Sonstige Bestimmungen

Die Planung und Durchführung der Bodenschutzkalkung erfolgt auf der Grundlage der „Anweisung zur Bodenschutzkalkung in den Wäldern Thüringens“. Darin werden Festlegungen bzgl. der

- Einstufung der Kalkungsbedürftigkeit nach Wuchsgebieten, Wuchsbezirken und Teilwuchsbezirken,

- Standortsangaben zu den Waldflächen (Trophiestufe, Wasserversorgung),
- Humusform,
- waldbaulichen Situation des Einzelbestandes (Flächengrößen, Baumart, Alter, Bestandesschluss),
- Ausschlussflächen aus ökologischen und naturschutzfachlichen Gründen,
- Kalksorten, Ausbringungsmengen, -zeiträume und -technologien

getroffen.

J Biologische Vielfalt und Anpassung an Klimaveränderungen

J 1 Anwendungszweck

Ziel ist die Herstellung einer standortgemäßen und klimaangepassten Baumartenmischung zwecks Aufbau und Sicherung vitaler, stabiler und klimaplastischer forstlicher Ökosysteme. Zugleich sollen diese Vorhaben durch eine breite Baumartenmischung unter besonderer Berücksichtigung von Arten der natürlichen Waldgesellschaften zu einer erhöhten biologischen Vielfalt führen.

Die langfristige Stabilisierung und Erhaltung von naturnahen Waldgesellschaften soll eine flächendeckende, nachhaltige Waldbewirtschaftung ermöglichen und die Multifunktionalität der Wälder sichern.

J 2 Gegenstand der Förderung

Gefördert werden Vorhaben, die auf die Herstellung einer standortgemäßen und klimaangepassten Baumartenmischung zwecks Aufbau und Sicherung vitaler und klimastabiler forstlicher Ökosysteme abzielen. Dies umfasst:

J 2.1 Vorarbeiten

Förderfähig sind Vorarbeiten, wie Untersuchungen, Analysen, Standortgutachten, fachliche Stellungnahmen und Erhebungen, im Zusammenhang mit Investitionen zur Verbesserung der biologischen Vielfalt und Erhöhung der Anpassungsfähigkeit der Wälder an Klimaveränderungen.

J 2.2. Begründung von naturnahen Waldgesellschaften

Umbau von Reinbeständen und von nicht standortgerechten oder nicht klimatoleranten Beständen in stabile Laub- und Mischbestände sowie Weiterentwicklung und Wiederherstellung von naturnahen Waldgesellschaften, auch als Folgemaßnahmen in Zusammenhang mit Wurf, Bruch, Waldbrand oder sonstigen Schadereignissen.

J 2.2.1 Förderfähig sind Wiederaufforstung sowie Voranbau (einschließlich Naturverjüngung) mit standortgerechten Baum- und Straucharten durch Saat und Pflanzung (Kulturbegründung) einschließlich Kulturvorbereitung, Waldrandgestaltung, Schutz der Kultur sowie Sicherung der Kultur (z. B. Mäusebekämpfung und Beseitigung verdämmender Vegetation) während der ersten fünf Jahre.

J 2.2.2 Förderfähig sind Nachbesserungen, wenn bei den geförderten Kulturen aufgrund natürlicher Ereignisse (außer Wildverbiss) Ausfälle in Höhe von mehr als 30 % der Pflanzenzahl oder 1 ha zusammenhängende Fläche aufgetreten sind. Nachbesserungen sollen grundsätzlich dem geförderten Kulturtyp entsprechen.

J 2.3 Pflege von Jungwüchsen und Dickungen (Jungwaldstadium).

Förderfähig ist eine Mischungs- und Standraumregulierung in Jungwüchsen (Bestände bis 2 m Mittelhöhe) und Dickungen (Bestände über 2 m Mittelhöhe unter 7 cm mittlerer Brusthöhendurchmesser (BHD)).

J 3 Ausschluss

Vorhaben, die ausschließlich auf die Verbesserung und Rentabilität des Forstbetriebs bzw. des wirtschaftlichen Wertes der Wälder ausgerichtet sind, werden nicht gefördert.

J 4 Spezielle Zuwendungsvoraussetzungen

J 4.1 Eine Förderung von Vorhaben ist nur möglich, sofern ein Waldbewirtschaftungsplan im Sinne einer periodischen Planung gemäß § 20 ThürWaldG vorliegt. Folgende Informationen aus dem Waldbewirtschaftungsplan sind vorzulegen:

- Gültigkeitsstichtag,
- zur Förderung beantragte Fläche ist im Plan enthalten und
- Nachhaltigkeitshiebssatz ist vorhanden.

Fachbeiträge Wald im Rahmen der NATURA 2000-Managementplanung gelten als Waldbewirtschaftungsplan bzw. gleichwertiges Instrument i. S. von Artikel 21, Absatz 2 der VO (EU) Nr. 1305/2013, soweit sie bestandesspezifische Vorhabensdaten enthalten. Als gleichwertiges Instrument i. S. von Artikel 21, Absatz 2 der VO (EU) Nr. 1305/2013 gelten die vom für Forsten zuständigen Ministerium bestätigten Projektbeschreibungen bzw. Fachkonzepte.

J 4.2 Zuwendungen für Vorhaben nach Nr. J 2.2 dürfen nur bewilligt werden bei Verwendung von herkunftsgesichertem sowie standortgerechtem Vermehrungsgut. Ein hinreichender Anteil an standortheimischen Baumarten ist einzuhalten.

J 4.3 Die Vorhaben nach der Nr. J 2.2 zielen auf den Umbau nicht standortgerechter Bestockungen sowie auf eine Verbesserung und Erhöhung der biologischen Vielfalt und Klimatoleranz. Dies gilt auch für Wiederaufforstung nach Schadereignissen.

Sofern die Wiederaufforstung nach Schadereignissen lediglich die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands zum Ziel hat, ist dies gemäß des Artikel 24 Abs. 3 der VO (EU) Nr. 1305/2013 nur unter folgenden Bedingungen förderfähig:

- Das Schadereignis wird von der ThüringenForst - Anstalt öffentlichen Rechts (Landesforstanstalt) als Naturkatastrophe (Ereignis biotischer oder abiotischer Art) eingestuft.
- Das Ereignis hat zur Zerstörung von mind. 20 % des forstwirtschaftlichen Potentials des Forstbetriebs geführt. Das forstwirtschaftliche Potential wird der Fläche gleichgesetzt.

III. Zuwendungsempfänger

III.1 Zuwendungsempfänger für Maßnahmen A bis D sowie K und L

Zuwendungsempfänger für die Maßnahmen nach A, B, D, K und L können natürliche Personen, juristische Personen des privaten und öffentlichen Rechts als Besitzer forstwirtschaftlicher Flächen sowie anerkannte forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse und solchen gleichgestellte Zusammenschlüsse (z. B. Waldgenossenschaften) im Sinne des BWaldG in der jeweils geltenden Fassung sein.

Als Zuwendungsempfänger ausgeschlossen sind Bund und Länder sowie juristische Personen, deren Kapitalvermögen sich zu mindestens 25 % in den Händen dieser Institutionen befindet. Maßnahmen auf Grundstücken im Eigentum der in vorgenanntem Satz aufgeführten Personen sind nicht förderfähig.

Zuwendungsempfänger für die Maßnahme C können anerkannte forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse im Sinne des Bundeswaldgesetzes sein.

Träger eines gemeinschaftlichen Vorhabens nach der Nr. A 2.4 (Bodenschutzkalkung) und Nr. B 2 (Forstwirtschaftlicher Wegebau) im Körperschafts- oder Privatwald können sein:

- private Waldbesitzer,
- kommunale Körperschaften des öffentlichen Rechts,

- anerkannte forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse, wenn sie satzungsgemäß dazu geeignet sind,
- Teilnehmergeinschaften nach dem Flurbereinigungsgesetz und
- Jagdgenossenschaften.

Kosten für die Durchführung der Trägerschaft sind nicht förderfähig.

III.2 Zuwendungsempfänger für Maßnahmen E bis I

Zuwendungsempfänger für die Maßnahmen Nr. E bis I sind:

- natürliche Personen sowie juristische Personen des privaten und öffentlichen Rechts als Besitzer von forstwirtschaftlichen Flächen und
- forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse im Sinne des Gesetzes zur Erhaltung des Waldes und zur Förderung der Forstwirtschaft (Bundeswaldgesetz) in der jeweils geltenden Fassung sowie denen gleichgestellte Zusammenschlüsse (z. B. Waldgenossenschaften).

Die Landesforstanstalt ist zuwendungsberechtigt bei Vorhaben nach F bis I.

Träger eines gemeinschaftlichen Vorhabens im Rahmen der Maßnahmen F bis I können sein:

- private Waldbesitzer,
- kommunale Körperschaften des öffentlichen Rechts,
- anerkannte forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse, wenn sie satzungsgemäß dazu geeignet sind,
- das Land - vertreten durch die Landesforstanstalt - ,
- Teilnehmergeinschaften nach dem Flurbereinigungsgesetz und
- Jagdgenossenschaften.

Kosten für die Durchführung der Trägerschaft sind nicht förderfähig.

III.3 Zuwendungsempfänger für Maßnahme J

Zuwendungsempfänger für die Maßnahme J ist die Landesforstanstalt.

IV. Allgemeine Bestimmungen für die Fördermaßnahmen A bis L

IV.1 Die Zuwendungsempfänger müssen, sofern es sich nicht um forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse im Sinne des Bundeswaldgesetzes handelt, Eigentümer der begünstigten Flächen sein oder eine schriftliche Einverständniserklärung des Eigentümers vorlegen. Die Eigentumsverhältnisse sind bei den Maßnahmen A, B, D sowie F bis L durch einen Grundbuchauszug, der die aktuellen Eigentumsverhältnisse wiedergibt, zu belegen. Bei mehreren Flächeneigentümern (z. B. Erbengemeinschaften) sind entsprechende Vollmachten der Miteigentümer beizubringen. Im Fall von gemeinschaftlichen Vorhaben forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse gilt die Zustimmung der Mitgliederversammlung auf Basis der Satzung als Einverständniserklärung.

Vorhaben der Maßnahme C „Förderung forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse“ werden auf der Grundlage der Anerkennungsurkunde beschieden.

Bei gemeinschaftlichen Vorhaben nach Nr. A 2.4 und Nr. I (Bodenschutzkalkung) sind bzgl. des Eigentumsnachweises sowie der Recherchen zur Struktur des Waldeigentums die Angaben des Automatisierten Liegenschaftsbuch (Liegenschaftsinformationssystem - LIS) verwendbar. Sofern Zweifel an den Eigentumsverhältnissen bestehen, hat die Landesforstanstalt einen Grundbuchauszug einzufordern. Bei gemeinschaftlichen Vorhaben nach Nr. A 2.4 und Nr. I (Bodenschutzkalkung) kann das Einverständnis der Eigentümer zudem durch eine öffentliche Bekanntmachung eingeholt werden.

IV.2 Bei Vorhaben der Maßnahme E ist zum Zeitpunkt des Abschlusses der vertraglichen Vereinbarung für die im Vertrag aufgelisteten Flächen ein unbeglaubigter Grundbuchauszug oder soweit zutreffend ein Pachtvertrag vorzulegen. Bei mehreren Flächeneigentümern (z. B. Erbgemeinschaften) sind entsprechende Vollmachten der Miteigentümer beizubringen. Mit dem jährlichen Antrag erklärt der Antragsteller, dass er Besitzer, sonstiger Verfügungsberechtigter oder eine bevollmächtigte Person ist.

IV.3 Von der Förderung ausgeschlossen sind Vorhaben auf Flächen, die dem Zuwendungsempfänger zum Zwecke des Naturschutzes unentgeltlich übertragen worden sind. Förderfähig sind auf diesen Flächen jedoch Vorhaben nach Nr. K 2.4 Anstrich 3 (Wundstreifen und Brandschutzschneisen) und Anstrich 4 (Feuerlöschteiche und Löschwasserentnahmestellen).

IV.4 Gebrauchte Investitionsgüter, wie Maschinen und Materialien, sind im Rahmen dieser Richtlinie nicht förderfähig.

IV.5 Unbare Arbeitsleistungen der Zuwendungsempfänger und im Fall natürlicher Personen ihrer Familienangehörigen (unbare Eigenleistung) und Sachleistungen der Zuwendungsempfänger sind - mit Ausnahme der Vorhaben der Nrn. A 2.2 und A 2.3, der Maßnahmen C und E, der Nrn. F 2.4 und K 2.2 sowie der Maßnahme L - nicht förderfähig.

IV.6 Förderfähig sind bei Anteilsfinanzierungen die nachgewiesenen zuwendungsfähigen Ausgaben abzüglich Skonto, Rabatt, ggf. auch angesetzter Sicherheitseinhalte und Leistungen Dritter. Die Mehrwertsteuer ist ausschließlich für Zuwendungsempfänger, die nicht vorsteuerabzugsberechtigt sind, förderfähig.

IV.7 Die Zweckbindungsfrist beträgt für Forstwegebauten samt zugehöriger Anlagen zwölf Jahre nach Fertigstellung sowie für Vorhaben der Maßnahmen F bis I fünf Jahre nach Abschlusszahlung der Zuwendung für das jeweilige Vorhaben. Die Bewilligungsstelle regelt die Bindungsfrist für Vorhaben nach der Maßnahme E im Zuwendungsbescheid.

IV.8 Bestimmungen für Pflanzvorhaben und Naturverjüngung

Die Anlage 6 der „Dienstordnung Waldbau - 2.8“ der Landesforstanstalt „Standortgerechte Baumarten- und Bestandeszieltypenwahl für die Wälder des Freistaates Thüringen auf der Grundlage der forstlichen Standortkartierung unter Beachtung des Klimawandels“ und die „Herkunftsempfehlungen für die Verwendung des forstlichen Vermehrungsgutes im Freistaat Thüringen“ der Landesforstanstalt in der jeweils geltenden Fassung sind bindend.

Die Bestimmungen der Anlage 6 der „Dienstordnung Waldbau - 2.8“ sind auch für die Begründung von Naturverjüngungen anzuwenden. Naturverjüngungen sind förderfähig, sofern der Verjüngungsanteil von Baumarten der standortgerechten Bestandeszieltypen mindestens 70 % beträgt.

Auch fremdländische Baumarten, wie z. B. Schwarznuss (*Juglans nigra*), Esskastanie (*Castanea sativa*), Küstentanne (*Abies grandis*) und Hemlocktannen (Gattung *Tsuga*) - Aufzählung nicht abschließend - können in Anlehnung an die Anlage 6 der „Dienstordnung Waldbau - 2.8“ bei entsprechender standörtlicher Eignung als Nebenbaumarten (bis zu 20 %) zur Schaffung einer klimaplastischen Baumartenzusammensetzung verwendet werden.

Ergänzend zu den Herkunftsempfehlungen dürfen Wildlinge im eigenen Forstbetrieb zur unmittelbaren Pflanzung verwendet werden. Dies ist mit dem Antrag anzugeben. Auskünfte erteilen die örtlich zuständigen Forstämter. Bzgl. des Herkunftsnachweises sind die Bestimmungen des Forstvermehrungsgutgesetzes (FoVG) in der jeweils geltenden Fassung einzuhalten. Die Eignung dieses Vermehrungsgutes für Fördermaßnahmen ist durch die Landesforstanstalt nach Antragsingang zu prüfen und zu bestätigen. Beim Kauf von Forstpflanzen erfolgt der Herkunftsnachweis mittels Pflanzenrechnung der Forstbaumschule.

Bei der Durchführung von Pflanzvorhaben gelten die Rahmenpflanzverbände und die dem jeweiligen Bestandeszieltyp entsprechenden Pflanzenzahlen gemäß der Anlage 3. Ausnahmen hiervon sind nach Bestätigung der Landesforstanstalt möglich, soweit die ordnungsgemäße Forstwirtschaft im Sinne des § 19 ThürWaldG gewährleistet bleibt.

Kulturen und Naturverjüngungen müssen bis zum Ende des Abnahmezeitraums (Zweckbindungsfrist) eine aus den Rahmenpflanzverbänden abzuleitende Pflanzenzahl je Hektar und einen Aufwuchszustand (Höhe, Qualität und Vitalität der Pflanzen) aufweisen, die das Erreichen des Förderzwecks „Wald“ als realisierbar erscheinen lässt. Die Landesforstanstalt schätzt im Rahmen des Ermessens anhand der konkreten Bedingungen des Einzelfalls ein, ob die Kultur als gesichert gelten kann. Die Baumartenzusammensetzung zum Zeitpunkt der Kulturabnahme muss dem Bestandeszieltyp, auf den die Förderung abzielt, entsprechen.

Bei Kulturen, die durch Pflanzung begründet werden, beträgt der Abnahmezeitraum in der Regel 5 Jahre, bei schwierigen Standortverhältnissen, Saaten und Naturverjüngungen kann der Abnahmezeitraum durch die Bewilligungsstelle auf bis zu zehn Jahre verlängert werden. Darüber hinausgehende Abnahmezeiträume sind im Einzelfall - auch bei Kulturen, die nach vormaligen Förderrichtlinien angelegt wurden - nach Prüfung und Bestätigung der Landesforstanstalt möglich.

Der Zuwendungsempfänger ist verpflichtet, bei geförderten Vorhaben nur zugelassene Pflanzenschutzmittel gemäß den Bestimmungen des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit zu verwenden.

IV.9 Eine Doppelförderung von Vorhaben ist ausgeschlossen. Der Antragsteller verpflichtet sich zur Einhaltung dieses Fördergrundsatzes. Vorhaben, die vollständig oder teilweise im Rahmen des zweiten Arbeitsmarktes finanziert werden, sind nicht förderfähig.

V. Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

V.1 Zuwendungsart

Die Zuwendung wird als Projektförderung in Form eines nicht rückzahlbaren Zuschusses gewährt.

V.2 Finanzierungsart

Der Zuschuss für die Vorhaben nach den Nrn. A 2.2 (ausgenommen Aufwendungen für den Erwerb von Vermehrungsgut) und A 2.3, der Maßnahme E sowie für die Vorhaben nach den Nrn. C 2.1, C 2.2, C 2.3, F 2.4 und K 2.2 sowie der Maßnahme L wird als Festbetragsfinanzierung gewährt. Die übrigen Maßnahmen/Vorhaben werden im Wege der Anteilsfinanzierung bezuschusst.

V.3 Umfang und Höhe der Zuwendung

Der Umfang und die Höhe der Zuwendung sind im Detail aus der Anlage 1 zu entnehmen.

VI. Bagatellgrenze

Eine Bewilligung erfolgt nicht, wenn die beantragte Zuwendung

- bei Vorhaben der Sicherung der Kultur einschließlich Schutz gegen sonstige Schädlinge nach der Nr. A 2.2.1 und D 2.1 sowie Vorhaben zur Förderung forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse nach C und zur Vorbeugung gegen Kalamitäten nach G je Antrag 500 Euro,
- bei Vorhaben der Maßnahme K zur Bewältigung von Extremwetterereignissen je Antrag 200 Euro sowie
- bei den übrigen Vorhaben je Antrag 1.000 Euro nicht erreicht.

Ausgenommen hiervon sind Vorhaben nach der Maßnahme Nr. E „Waldumweltmaßnahmen“, F „Erhaltung genetischer Ressourcen“ und L „Vertragsnaturschutz im Wald“.

VII. Verfahren

VII.1 Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Rücknahme

bzw. den erforderlichen Widerruf des Zuwendungsbescheids und die Rückforderung der gewährten Zuwendungen gelten die Bestimmungen der §§ 23 und 44 ThürLHO, der zugehörigen Verwaltungsvorschriften mit den allgemeinen Nebenbestimmungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften (ANBest-Gk) für Zuwendungen an Gemeinden, Landkreise und das Land sowie Zusammenschlüsse von solchen Gebietskörperschaften bzw. mit den allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) für die übrigen Zuwendungsempfänger und des ThürVwVfG, soweit nicht in dieser Förderrichtlinie Abweichungen geregelt sind.

Für ELER-Vorhaben sind zudem die Regelungen der VO (EU) Nr. 640/2014 und der VO (EU) Nr. 809/2014 zu berücksichtigen.

Die Fördermaßnahmen - außer der Nr. L 2.2 - werden im Rahmen des ELER- bzw. GAK-Monitorings einer Zielerreichungskontrolle (Controlling) unterzogen.

Das Erreichen der Förderziele der Nr. L 2.2 wird durch folgende Zielindikatoren beurteilt:

- Holzmenge in fm die durch die Anwendung bodenschonender Verfahren gerückt wurde und
- Waldfläche in ha auf der zur Erhaltung der Bodenfunktionen und Vermeidung von Bestandsschäden bodenschonende Holzernteverfahren eingesetzt wurden.

VII.2 Antragstellung

Zuwendungen werden nur auf schriftlichen Antrag gewährt. Die Anträge für die Maßnahmen A bis D sowie F bis L, ausgenommen Vorhaben der Nr. K 2.2, sind vor Beginn des Vorhabens beim örtlich zuständigen Forstamt der Landesforstanstalt auf den jeweils gültigen Antragsformularen einzureichen.

Im Fall der Nr. K 2.2 kann ab dem Zeitpunkt mit der Umsetzung des Vorhabens begonnen werden, ab dem dieses dem zuständigen Forstamt mit dem entsprechenden Formular angezeigt wurde. Aus der Anzeige der Vorhaben entsteht kein Rechtsanspruch auf spätere Gewährung von Fördermitteln.

Sofern der Antragsteller/Forstbetrieb für Vorhaben der Maßnahmen A bis D sowie K 2.4 ein öffentliches Unternehmen (z. B. Kommune) ist oder auf Grundlage der Mitarbeiterzahl und finanziellen Schwellenwerte nicht als Kleinst- bzw. kleines und mittleres Unternehmen einzuordnen ist, gilt das Unternehmen gemäß der Rahmenregelung (2014/C204/01) i. V. m. dem Anhang I der VO (EU) Nr. 702/2014 als großes Unternehmen. Große Unternehmen müssen gemäß der Randnummer 72 der Rahmenregelung (2014/C204/01) die Situation beschreiben, die ohne Zuschüsse bestehen würde (kontrafaktische Fallkonstellation). Die Ausführungen zur kontrafaktischen Fallkonstellation sind durch Angaben im Antrag zu untersetzen.

Bei der Maßnahme E erfolgt die Antragstellung mit dem landwirtschaftlichen Sammelantrag. Die Antragstellung ist gemäß Art. 17 der VO (EU) Nr. 809/2014 mittels IT-gestütztem, geräumlichem Antragsverfahren umzusetzen. Für die Antragserfassung innerhalb der Antragssoftware bestehen folgende Möglichkeiten:

- Nutzung des VERONA-Portals über das Internet (<https://verona.thueringen.de/>) oder
- Nutzung der bereitgestellten Antragsteller-PC für Landwirte mit Verträgen für Waldumweltmaßnahmen im Thüringer Landesamt für Landwirtschaft und Ländlichen Raum (TLLLR).

Die zum Antrag zugehörigen Dokumente sind digital zu befüllen. Die Antragsangaben werden vom Antragsteller im IT-System an das TLLLR übergeben. Die diesbezüglichen Hinweise im Antrag sind zu beachten.

Der Antrag muss mindestens die Angaben nach Artikel 6 Abs. 2 der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 enthalten. Die Antragsfristen gemäß Anlage 2 sind zu beachten. Die Landesforstanstalt berät den Antragsteller über allgemeine Fördergrundsätze. Dem Antrag sind ggf. wei-

tere Unterlagen (z. B. behördliche Genehmigungen) beizufügen, die im jeweiligen Antragsformular näher bezeichnet sind.

Nicht gefördert werden

- Unternehmen, die die Voraussetzungen der Definition eines Unternehmens in Schwierigkeiten nach den „Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung nichtfinanzieller Unternehmen in Schwierigkeiten“^[1] erfüllen und
- Zuwendungsempfänger, die einer Rückforderung auf Grund einer Entscheidung der Europäischen Kommission zur Feststellung der Rechtswidrigkeit und Unvereinbarkeit einer Beihilfe mit dem Gemeinsamen Markt nicht Folge geleistet haben.

VII.3 Bewilligung

Für die Bewilligung ist die „ThüringenForst-Anstalt öffentlichen Rechts“, Forstamt Frauenwald (Bewilligungsstelle der Landesforstanstalt), zuständig. Zuwendungen dürfen - mit Ausnahme der angezeigten Vorhaben der Nr. K 2.2 - nur für solche Vorhaben bewilligt werden, die noch nicht begonnen worden sind. Hiervon sind Vorhaben ausgenommen, die eine Genehmigung zum vorzeitigen Vorhabensbeginn durch die Bewilligungsstelle erhalten haben. Aus dieser Genehmigung entsteht kein Rechtsanspruch auf Gewährung der Fördermittel.

Die Antragstellung für Vorhaben der Landesforstanstalt muss durch eine geeignete Stelle im Forstlichen Forschungs- und Kompetenzzentrum (FFK) erfolgen, die personell und strukturell nicht in das Verwaltungsverfahren der Forstförderung eingebunden ist und keine Weisungsbefugnis gegenüber den die Forstförderung umsetzenden Stellen hat.

Für die Projekte der Förderung der Tätigkeit forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse (Nr. C 2) gilt der vorzeitige Vorhabensbeginn zum 1. November des Jahres als genehmigt, sofern der Antrag vollständig und fristgemäß gestellt wurde.

Die Bewilligungsstelle der Landesforstanstalt kann bei Vorhaben nach Nr. A 2.2.1 (Waldumbau) und D 2.1 (Erstaufforstung) auf Antrag des Waldbesitzers mit dem Bewilligungsbescheid für die Kulturbegründung einen vorzeitigen Vorhabensbeginn für notwendige Vorhaben zur Sicherung der Kultur genehmigen.

Die Bewilligung der ELER-kofinanzierten Vorhaben erfolgt unter Berücksichtigung der Auswahlkriterien. Die Auswahlkriterien sind auf der Internetseite des für Forsten zuständigen Ministeriums veröffentlicht.

Änderungen der bewilligten Vorhaben sind durch die Bewilligungsbehörde zu genehmigen und deshalb vom Zuwendungsempfänger vor der Durchführung der Änderung anzuzeigen. Die Landesforstanstalt nimmt in einem solchen Fall die schriftlichen Änderungswünsche des Antragstellers entgegen. Die Bewilligungsstelle bescheidet das Ergebnis der Prüfung des Antrags. Falls einem Antrag aufgrund abschlägiger fachlicher Beurteilung nicht entsprochen wird, erhält der Antragsteller von der Bewilligungsstelle der Landesforstanstalt unter Angabe der Gründe einen mit einer Rechtsbehelfsbelehrung versehenen Ablehnungsbescheid.

VII.4 Kontrolle der Umsetzung von Förderprojekten

Nach Beendigung der Vorhaben der Maßnahmen A bis D sowie F bis L erfolgt eine Kontrolle durch die Landesforstanstalt. Diese kann als Stichprobe erfolgen. Falls bei der Überprüfung eine unsachgemäße Ausführung des bewilligten Vorhabens festgestellt werden sollte, die eine Förderung nicht rechtfertigt, kann dem Zuwendungsempfänger zur Herstellung der Förderfähigkeit eine mit angemessener Frist versehene Auflage erteilt werden. Bei Nichterfüllung wird der Zuwendungsbescheid aufgehoben und die evtl. schon gezahlte Zuwendung zurückgefordert. Die Landesforstanstalt dokumentiert das Ergebnis der abschließenden Prüfung des Durchführungs- und Verwendungsnachweises.

[^{1]} Mitteilung der Europäischen Kommission 2014/C 249/01

Bei den Vorhaben nach der Nr. K 2.2 wird die Umsetzung auf der Grundlage der Antragsangaben durch den zuständigen Revierleiter vor Ort geprüft. Dessen Bestätigung der aufgearbeiteten Holzmenge nach Inaugenscheinnahme vor Ort gilt als Durchführungs- und Verwendungsnachweis.

Die Förderung nach dieser Richtlinie beinhaltet Kontrollen, ob die Voraussetzungen für die Gewährung von Beihilfen, und zusätzlich bei den Vorhaben der Maßnahme E (Waldumweltmaßnahmen) die Anforderungen an die Standards für die anderweitigen Verpflichtungen eingehalten wurden, sowie Ex-post-Kontrollen bei investitionsbezogenen Vorhaben. Das schließt ausdrücklich auch Kontrollen vor Ort ein. Es finden die entsprechenden Kontrollvorschriften der VO (EU) Nr. 809/2014 in der aktuell gültigen Fassung Anwendung. Die Umsetzung dieser Kontrollen erfolgt durch die zuständige Stelle der Landesforstanstalt.

Für Vorhaben der Maßnahme E gilt:

Die Flächenvermessung gemäß Art. 38 der VO (EU) Nr. 809/2014 erfolgt auf der Grundlage der Orthofotos. Zuständig für den Flächenabgleich im Rahmen der Verwaltungs- und Vor-Ort-Kontrolle ist das TLLLR. Sofern die Flurstücke Grundlage der Abbildung der Antragsfläche im Rahmen der georäumlichen Antragstellung sind, können diese analog dem Verfahren nach Artikel 5 Abs. 4 der VO (EU) Nr. 640/2014 zur Identifizierung herangezogen werden. Die Bestimmung der Flächengrößen vor Ort ist problematisch. Die im Zuge ggf. vor Ort umzusetzender Flächenbestimmungen anzuwendende technische Toleranz wird deshalb gemäß dem Artikel 38 der Verordnung (EG) Nr. 809/2014 aus o.g. Gründen auf 2,5 m x Umfang festgesetzt. Die Höchsttoleranz beträgt für die einzelne Teilfläche/Parzelle max. 2,0 ha.

Sofern die Voraussetzungen für die Gewährung von Beihilfen oder die Anforderungen an die Standards für die anderweitigen Verpflichtungen zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes nach der VO (EU) Nr. 1305/2013 und den dazu ergangenen Vorschriften einschließlich dieser Richtlinie nicht eingehalten werden, kommt die Kürzung, Sanktionierung der Beihilfe oder der Ausschluss von der Förderung in Betracht. Die Bewilligungsstelle verfügt die Kürzung, Sanktionierung oder den Ausschluss nach den Vorschriften zu Kürzungen, Sanktionierungen und Ausschlüssen der VO (EU) Nr. 640/2014 und der VO (EU) Nr. 809/2014. Es gelten die Normen in der aktuell gültigen Fassung.

VII.5 Verwendungsnachweis und Auszahlung

Bei der Umsetzung von Vorhaben der Nr. K 2.2 werden zum Nachweis der Verwendung die Antragsangaben zu Grunde gelegt.

Bei anteilsfinanzierten Vorhaben sind in jedem Fall vor Auszahlung der Fördermittel der Durchführungs- und Verwendungsnachweis und die Rechnungen mit Zahlungsnachweis im Original vorzulegen. Bei den mittels Festbetrag finanzierten Vorhaben der Nr. A 2.2 - außer Nr. 2.2.3 zweiter Anstrich - und Nr. A 2.3 sowie der Maßnahme C und der Nr. L 2.2 sind dem Durchführungs- und Verwendungsnachweis die entsprechenden Belege beizufügen. Die ordnungsgemäße und dem Bewilligungsbescheid konforme Umsetzung des Vorhabens sowie die erfolgte Prüfung durch die Landesforstanstalt sind Voraussetzungen für die Auszahlung der Fördermittel.

Bei den flächenbezogenen Fördergegenständen der Maßnahme E ist die vom TLLLR (Flächenabgleich) und von der Landesforstanstalt (fachliche Bewertung) im Rahmen der Verwaltungs- und Vor-Ort-Kontrollen durchgeführte Antragsprüfung Voraussetzung für die Auszahlung.

Bei Vorhaben der Nr. A 2.2.3 zweiter Anstrich, der Nr. F 2.4 und der Nr. L 2.1 ist ein Auszahlungsantrag zu stellen.

VII.6 Belegführung

Der Antragsteller ist für die Dauer der im Zuwendungsbescheid festgelegten Zweckbindung zur ordnungsgemäßen Führung und Aufbewahrung aller dem Nachweis über die Durchfüh-

zung des Vorhabens dienenden Belege verpflichtet. Bei Fördervorhaben, die mit Mitteln aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raumes (ELER) gefördert wurden, sind die Belege für die Dauer der festgelegten Zweckbindungsfrist, mindestens bis zum 31. Dezember 2029 aufzubewahren. Darüber hinaus behält sich der Zuwendungsgeber - in Abhängigkeit vom Stand der Umsetzung des EPLR - weitergehende Regelungen vor.

Für die nicht ELER kofinanzierten Vorhaben der Maßnahmen A, B, C, D, K und L ohne Zweckbindungsfristen gelten für Zuwendungsempfänger, die keine Gebietskörperschaft oder ein Zusammenschluss von Gebietskörperschaften sind, die Aufbewahrungsfristen der Allgemeinen Nebenbestimmungen zur Projektförderung.

VII.7 Datenschutz/Transparenz/Publizität

Nach Maßgabe der Artikel 111 bis 113 der VO (EU) Nr. 1306/2013 in Verbindung mit den Artikeln 57 bis 62 der VO (EU) Nr. 908/2014 sind Informationen über die Identität des Begünstigten, den zugeteilten Betrag und den Fonds, aus dem dieser gewährt wird, sowie über die Art und Beschreibung der betreffenden Maßnahme zu veröffentlichen. Die Veröffentlichung erfolgt jährlich auf einer speziellen Website im Internet. Die Informationen bleiben vom Zeitpunkt ihrer ersten Veröffentlichung an zwei Jahre lang auf der Website zugänglich. Die Informationen können zum Zweck des Schutzes der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften von Rechnungsprüfungs- und Untersuchungseinrichtungen der Europäischen Gemeinschaften, des Bundes, der Länder, der Kreise und der Gemeinden verarbeitet werden.

Der Begünstigte ist gemäß Artikel 13 Abs. 2 in Verbindung mit Anhang III der VO (EU) Nr. 808/2014 verpflichtet, in bestimmten Fällen die Öffentlichkeit über die Unterstützung von Seiten der EU aus dem ELER-Fonds zu informieren. Dies ist immer der Fall, wenn eine gewerblich genutzte Internetseite des Betriebes existiert; dann ist dort darauf hinzuweisen. Ebenso ist das immer der Fall, wenn die Beihilfesumme über 50.000 Euro liegt, dann muss der Hinweis auf die EU-Unterstützung während der Durchführung des Projektes in Form eines Posters oder Hinweistafel erfolgen, das an einem für die Öffentlichkeit gut sichtbaren Ort anzubringen ist (mindestens in Größe DIN A3). Näheres regeln der Zuwendungsbescheid und das Informationsblatt „Publizitätsmaßnahmen zur Förderung aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) 2014 - 2020“, welches auf der Internetseite des für Forsten zuständigen Ministeriums abgerufen werden kann.

Bei Maßnahmen, die im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ vom Bund und dem jeweiligen Land mitfinanziert werden, ist in geeigneter Weise (Erläuterungstafel) gegenüber der Öffentlichkeit auf diese Tatsache hinzuweisen, wenn das Investitionsvolumen 50.000 Euro übersteigt. Die Erläuterungstafeln müssen das Logo des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft in gleicher Größe wie das Landeslogo tragen und den Hinweis enthalten, dass das geförderte Projekt im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ vom Bund und dem jeweiligen Land mitfinanziert wurde. Näheres dazu enthält das Merkblatt „Hinweisblatt für die Umsetzung der Informations- und Publizitätsvorschriften bei Fördervorhaben im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“, welches auf der Internetseite des für Forsten zuständigen Ministeriums abgerufen werden kann.

VII.8 Subventionsverstöße

Für das Zuwendungsverfahren gelten die Vorschriften des Strafgesetzbuches und des Subventionengesetzes (insbesondere § 264 StGB (Subventionsbetrug) und § 1 ThürSubvG i. V. m. §§ 2 - 6 SubvG). Sofern der Zuwendungsempfänger unrichtige oder unvollständige Angaben über subventionserhebliche Tatsachen macht oder Angaben über subventionserhebliche Tatsachen unterlässt, kann er sich gemäß § 264 StGB wegen Subventionsbetrug strafbar machen. Subventionserheblich im Sinne von § 264 StGB sind Tatsachen, die nach dem

Subventionszweck, den Rechtsvorschriften, Verwaltungsvorschriften und Richtlinien über die Subventionsvergabe sowie den sonstigen Vergabevoraussetzungen für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils erheblich sind und von der Bewilligungsstelle (z. B. in den Antragsformularen) als subventionserheblich (§ 2 SubvG) bezeichnet sind.

VIII. Prüfungsrecht

Die zuständigen Stellen der Landesforstanstalt sowie weitere zuständige Behörden des Freistaats Thüringen, der Bundesrepublik Deutschland, die zuständigen Dienststellen der Europäischen Kommission sowie weitere berechnete Stellen laut VO (EU) Nr. 1305/2013 in Verbindung mit VO (EU) Nr. 1306/2013 sind befugt, Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen anzufordern und zu prüfen sowie die Verwendung der Zuwendung durch örtliche Erhebungen zu prüfen oder durch Beauftragte (§ 44 Abs. 1 Satz 3 ThürLHO) prüfen zu lassen. Die Prüfungsrechte des Thüringer Rechnungshofes (§ 91 ThürLHO), des Bundesrechnungshofes sowie des Europäischen Rechnungshofes bleiben davon unberührt.

IX. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Richtlinie tritt vorbehaltlich des Satzes 2 am 1. Januar 2021 in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2023 außer Kraft. Die Maßnahme C tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Entfristung von Abschnitt 5 C im Rahmenplan der GAK in Kraft getreten ist, jedoch nicht vor dem 1. Januar 2021. Gleichzeitig mit dem Inkrafttreten dieser Richtlinie tritt die „Thüringer Richtlinie zur Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen“ vom 4. Juni 2019 (ThürStAnz Nr. 26/2019 S. –1019 - 1042), geändert durch die erste Verwaltungsvorschrift zur Änderung der „Thüringer Richtlinie zur Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen“ vom 9. September 2019 (ThürStAnz Nr. 39/2019 S. 1468), außer Kraft.

Erfurt, 17.11.2020

Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff
Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft

veröffentlicht am 04.01.2021 im ThürStAnz Nr. 1/2021 S. 27 - 53; geändert durch VV vom 08.03.2022, veröffentlicht am 04.04.2022 im ThürStAnz Nr. 14/2022 S. 464

(Änderungen in kursiver Schrift)

Anlage 1

Maßnahmen A bis D gemäß GAK-Rahmenplan, Förderbereich Forsten	
Fördergegenstand /zuwendungsfähige Ausgaben	Zuschuss
A Naturnahe Waldbewirtschaftung	
A 2.1 Vorarbeiten	
a) Vorarbeiten wie Untersuchungen, Analysen, Standortgutachten, fachliche Stellungnahmen und Erhebungen (z. B. zur Vorbereitung der Umstellung auf eine naturnahe Waldwirtschaft oder zur Beurteilung einer Bodenschuttkalkung) b) Vorbereitung und Entwicklung gemeinschaftlicher Eigentums und Bewirtschaftungsmodelle (z. B. Waldgenossenschaften, forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse)	bis zu 80 %
A 2.2 Waldumbau	
A 2.2.1 Wiederaufforstung sowie Voranbau; Kulturbegründung durch Saat oder Pflanzung einschließlich Waldrandgestaltung	
Ausgaben für den Erwerb von standorts- und herkunftsgerechtem Pflanz- und Vermehrungsgut zur Begründung von Mischkulturen mit mindestens 30 % Laubbaumanteil	bis zu 70 %
Ausgaben für den Erwerb von standorts- und herkunftsgerechtem Pflanz- und Vermehrungsgut zur Begründung von Laubbaumkulturen mit bis zu 20 % Nadelbaumanteil	bis zu 85 %
Kulturvorbereitung durch <ul style="list-style-type: none"> • Handräumung oder maschinelle Verfahren, z. B. Räumfix, bzw. Bodenverwundung • Mulchen 	400 €/ha 1.200 €/ha
Werbung von Wildlingen	0,14 €/Stück
Pflanzung mittels geeignetem Pflanzverfahren	0,30 €/Stück
Ausbringung von Saatgut auf der Waldfläche	400 €/ha
Ausgaben für Schutz und Sicherung der Kultur während der ersten fünf Jahre <ul style="list-style-type: none"> • Errichtung eines Wildschutzzaunes gegen <ul style="list-style-type: none"> • Rehwild (1,60 m Höhe) • Rotwild (2,00 m Höhe) • Bau und Aufstellung von Hordengattern (2,00 m Höhe) • Aufwendungen für Einzelschutz • Sicherung der Kultur, zweimal innerhalb der ersten fünf Jahre 	3,90 €/lfm 5,00 €/lfm 8,40 €/lfm 3,00 €/Stück 340,00 €/ha
A 2.2.2 Nachbesserungen	
<ul style="list-style-type: none"> • Ausgaben für den Erwerb von standorts- und herkunftsgerechtem Pflanz- und Vermehrungsgut (Mischkultur, mind. 30 % Laubbäume) • Ausgaben für den Erwerb von standorts- und herkunftsgerechtem Pflanz- und Vermehrungsgut (Laubbaumkultur, max. 20 % Nadelbäume) • Werbung von Wildlingen, • Pflanzung mittels geeignetem Pflanzverfahren und • Ausbringung von Saatgut auf der Waldfläche. 	bis zu 70 % bis zu 85 % 0,14 €/Stück 0,30 €/Stück 400 €/ha

A 2.2.3 Naturverjüngungsverfahren	
Begünstigung des Ankommens der Verjüngung <ul style="list-style-type: none"> • Bodenverwundung • Schutz der Verjüngung durch <ul style="list-style-type: none"> • Errichtung eines Wildschutzzaunes gegen <ul style="list-style-type: none"> • Rehwild (1,60 m Höhe) 3,90 €/lfm • Rotwild (2,00 m Höhe) 5,00 €/lfm • Bau und Aufstellung von Hordengattern (2,00 m Höhe) 8,40 €/lfm • Aufwendungen für Einzelschutz 3,00 €/Stück 	400 €/ha
Entwicklung und Sicherung von Naturverjüngungen	1.000 €/ha
A 2.3 Pflege von Jungwüchsen und Dickungen (Jungwaldstadium)	
Jungwuchs- und Dickungspflege	400 €/ha
A 2.4 Bodenschutzkalkung im kleinstrukturierten Privat- und Körperschaftswald	
Beschaffung und Ausbringung von kohlenstoffsaurem Magnesiumkalk mittels geeigneter Technologie	bis zu 90 %
<ul style="list-style-type: none"> • Vorhaben auf Waldflächen, deren private Besitzer im Kalkungsgebiet nicht mehr als 30 ha Waldfläche besitzen sowie • Vorhaben in Gemarkungen mit intensiver Gemengelage, insbesondere in Realteilungsgebieten, mit Waldflächen, die die Voraussetzungen von vorgenanntem Satz nicht erfüllen (Kommunen, größere private Waldbesitzer) soweit deren Anteil nicht mehr als 20 % der gesamten Waldkalkungsfläche beträgt 	bis zu 100 %
B Forstwirtschaftliche Infrastruktur	
B 2 Forstwirtschaftlicher Wegebau	
Neubau, Befestigung bisher nicht ausreichend befestigter Wege und Instandsetzung nachgewiesene Ausgaben für Bauentwürfe, Bauausführung, Bauleitung sowie für die Durchführung von Vorhaben der Landschaftspflege, des vorbeugenden Hochwasserschutzes und des Naturschutzes.	bis zu 70 %
Vorhaben in besonders struktur- oder ertragsschwachen Erschließungsgebieten (z. B. Steilhanglagen)	bis zu 90 %
Vorhaben von Betrieben mit über 1.000 ha Forstbetriebsfläche in Thüringen erhalten 60 % der ansonsten gewährten Förderung. Vorhaben von Betrieben mit über 1.000 ha Forstbetriebsfläche in Thüringen in besonders struktur- oder ertragsschwachen Erschließungsgebieten. Bei forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen ist als Schwelle die Größe des vom Vorhaben betroffenen Einzelbetriebs maßgeblich.	bis zu 42 % bis zu 54 %

C Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse			
C 2.1 Waldpflegevertrag			
Verträge bis zu 2 ha		120 €/Vertrag/Jahr	
Verträge über 2 ha bis zu 200 ha (degressiv fallender Fördersatz)	Fläche in ha		€/ha
	größer	bis einschließlich	
	2	5	
	5	10	
	10	25	
	25	50	
	50	75	
	75	100	
	100	150	
150	200	7	
Für Verträge über 200 ha wird keine Förderung gewährt.			
C 2.2 Mitgliederinformation und -aktivierung			
Ausgaben für Werbung, Beitritt, Information und Aktivierung von Neumitgliedern		50 €/Mitglied	
Ausgaben für die Information und Aktivierung von Bestandsmitgliedern		10 €/Mitglied/Jahr	
C 2.3 Zusammenfassung des Holzangebots			
Zusammenfassung des Holzangebots durch Zusammenschlüsse, bei denen mindestens 25 % der Mitgliedsfläche auf Waldbesitzer mit weniger als 50 ha Waldeigentum (Kleinprivatwald) entfällt: <ul style="list-style-type: none"> • bei Anstellung von eigenem forstlich ausgebildetem Personal mit mind. Bachelor oder vergleichbarem Abschluss • bei Anstellung von eigenem Personal mit einer Qualifikation, die zur eigenständigen Holzvermarktung befähigt (wie z. B. kaufmännische Ausbildung, nichtforstlicher Bachelor, Land- und Forstwirte) 		bis zu 2,00 €/fm bis zu 1,50 €/fm	
Zusammenfassung des Holzangebots durch Zusammenschlüsse, die Personal mit einer Qualifikation beschäftigen, die zur eigenständigen Holzvermarktung befähigt, den vorgenannten Kleinprivatwaldanteil von 25% jedoch nicht erreichen.		bis zu 1,00 €/fm	
Koordination des Holzabsatzes (Rahmenverträge) durch Forstwirtschaftliche Vereinigung		0,20 €/fm	
C 2.4 Professionalisierung von Zusammenschlüssen			
Ausgaben für Personal und einmalige Erstellung eines Geschäftsplanes			
Erstes Förderjahr		bis zu 90 %	
Zweites Förderjahr		bis zu 80 %	
Drittes Förderjahr		bis zu 70 %	
Viertes Förderjahr		bis zu 60 %	
Fünftes Förderjahr		bis zu 50 %	
D Erstaufforstung			
D 2 Ausgaben für Kulturbegründung, Kulturvorbereitung, Waldrandgestaltung und Sicherung der Kultur, Nachbesserungen		bis zu 100 %	

K Bewältigung von Extremwetterereignissen	
K 2.1 Überwachung, Vorbeugung und Bekämpfung von Schadorganismen	
Ausgaben für Sachmittel (z. B. Lockstoffe, Fallen, sonstige Materialien) und Einsatz von qualifizierten Unternehmern	bis zu 80 %
Vorhaben, die von Besitzern forstwirtschaftlicher Flächen mit bis zu 20 ha Waldbesitz in Thüringen umgesetzt werden.	bis zu 90 %
K 2.2 Bekämpfung von Schadorganismen durch Auffinden, Aufarbeitung und Abtransport von befallenem Holz oder sonstige Vorhaben zur Herabsetzung der Bruttauglichkeit von Holz	
Aufarbeitung von Schadholz (Wurf-, Bruchholz bzw. käferbefallenes Holz)	6,00 €/fm
Vorhaben zur Herabsetzung der Bruttauglichkeit von aufgearbeitetem Holz	
<ul style="list-style-type: none"> • Entrindung des Holzes • Einsatz von Polterschutznetzen 	5,00 €/fm
<ul style="list-style-type: none"> • Behandlung mit zugelassenen Insektiziden 	1,90 €/fm
Räumung der Flächen und Beseitigung des bruttauglichen Materials (Resthölzer und Schlagabraum) durch	
<ul style="list-style-type: none"> • Handräumung oder maschinelle Verfahren, z. B. Räumfix, • Mulchen. 	400,00 €/ha 1200,00 €/ha
Hacken von bruttauglichem, unverkäuflichem Holz	8,30 €/fm
Transport des aufgearbeiteten Holzes in Rinde in ein Zwischenlager	
<ul style="list-style-type: none"> • Transportentfernung bis 20 km 	4,30 €/fm
<ul style="list-style-type: none"> • Transportentfernung über 20 km 	5,80 €/fm
Bei Vorhaben, die von Besitzern forstwirtschaftlicher Flächen mit bis zu 20 ha Waldbesitz in Thüringen umgesetzt werden, erhöhen sich die oben aufgeführten Festbeträge um den Faktor 1,125.	
K 2.3 Anlage und Betrieb von Holzlagerplätzen	
Ausgaben für die Errichtung, Betrieb und Unterhaltung der Plätze, einschließlich Sachmittel, Miete und Pacht	bis zu 80 %
Vorhaben, die von Besitzern forstwirtschaftlicher Flächen mit bis zu 20 ha Waldbesitz in Thüringen umgesetzt werden. Die erhöhte Beihilfeintensität gilt nicht für die Beschaffung von Sachmitteln.	bis zu 90 %
K 2.4 Vorhaben zur Prävention gegen Waldbrände	
Ausgaben für	
<ul style="list-style-type: none"> • den Kauf von geeigneten Sachmitteln, z. B. Feuerpatschen, • die Anlage von Waldbrandschutzstreifen mit feuerhemmenden Baumarten, • Vorbereitung, Errichtung und Unterhaltung von Wundstreifen und Brandschutzschneisen sowie, • Anlage oder Erweiterung von Feuerlöschteichen und Löschwassereinsatzstellen. 	bis zu 80 %
Vorhaben, die von Besitzern forstwirtschaftlicher Flächen mit bis zu 20 ha Waldbesitz in Thüringen umgesetzt werden. Die erhöhte Beihilfeintensität gilt nicht für die Beschaffung von Sachmitteln.	bis zu 90 %
K 2.5 forstfachliche Begleitung von Vorhaben der Nr. K 2.1 bis K 2.4	
Ausgaben für die forstfachliche Vorbereitung, Leitung und Koordinierung der Maßnahmen	bis zu 80 %

L Vertragsnaturschutz im Wald	
L 2.1 Sicherung und Erhaltung von Strukturelementen in Wäldern durch Verzicht auf die Nutzung von Habitatbäumen Der Zuschuss für den Einzelbaum wird wie folgt ermittelt: Ausgangspunkt für die Herleitung des Zuschusses ist der Brusthöhendurchmesser (BHD) des beantragten Baumes. Daraus errechnet sich das Volumen Vorratsfestmeter (Vfm) mit Hilfe der Formel nach Denzin: $BHD \text{ (in cm)}^2 / 1000$. Der Erntefestmeter wird dabei wie folgt errechnet: 1 Vorratsfestmeter = 0,8 Erntefestmeter (Efm). Als durchschnittlich zu erwartender Erlös je Efm wird der Mindestpreis Industrieholz für die betreffende Baumart bzw. Baumartengruppe gemäß der jeweils gültigen Preisrichtlinie der Landesforstanstalt x 120% festgesetzt. Aus den Erntefestmetern je Baum und dem durchschnittlich zu erwartenden Erlös je Efm berechnet sich der Zuschuss nach folgender Formel: Zuschuss = Menge Efm x Mindestpreis für Industrieholz x 120%	bis zu 100 %
L 2.2 Einsatz bodenschonender Holzernteverfahren Zuschuss für den zusätzlichen Einsatz von Pferden im Rahmen bodenschonender Holzernteverfahren beträgt für: <ul style="list-style-type: none"> • abfuhrbereites Rücken bis zum Polterplatz • Vorliefern oder Anrücken im Bestand 	16,00 €/fm 8,00 €/fm

Maßnahmen des EPLR ohne GAK-Beteiligung	
Fördergegenstand /Förderfähige Ausgaben	Zuschuss
E Waldumweltmaßnahmen	
E 2.1 Zahlungen für freiwillige Verpflichtungen, die zu Bewirtschaftungsnachteilen in ausgewiesenen Waldlebensräumen führen	
a) Ausschluss bzw. Begrenzung des Baumartenwechsels, insbesondere Verzicht auf den Anbau von Nadelbäumen	50 €/ha und Jahr
b) Einschränkung in der Endnutzung (Hiebsruhe/Nutzungsverzicht) von Altbeständen	200 €/ha und Jahr
E 2.2 Anwendung von traditionellen Waldbetriebsarten des Nieder- und Mittelwaldes	
Vertraglich gebundene Waldfläche, auf der eine traditionelle Waldbewirtschaftungsform beibehalten wird.	130 €/ha und Jahr
Bei gleichzeitiger Inanspruchnahme von Vorhaben nach den Nrn. E 2.1 bis E 2.2 darf die maximale Zuwendung 200 EUR/ha/Jahr nicht übersteigen.	
F Erhaltung forstgenetischer Ressourcen	
F 2.1 Informationsaustausch mit anderen Einrichtungen auch außerhalb Thüringens für die Erhaltung forstgenetischer Ressourcen	90 %
F 2.2 Sammlung, Prüfung und Analyse von Saatgut und Pflanzenmaterialien, einschließlich Informationsprojekte	
F 2.3 Neuanlage und Sicherung von Samenplantagen zur Erhaltung genetischer Ressourcen einschließlich Vorarbeiten (z. B. Zulassung) und Informationsprojekte	

<p>F 2.4 Erhaltung genetischer Ressourcen von standortheimischen Herkünften durch Belassen und Sicherung von Exemplaren seltener Baumarten (z. B. Speierling, Wildobst etc.) im Waldbestand</p> <p>Der Zuschuss für den Einzelbaum wird wie folgt ermittelt:</p> <p>Ausgangspunkt für die Herleitung des Zuschusses ist der Brusthöhendurchmesser (BHD) des beantragten Baumes.</p> <p>Daraus errechnet sich das Volumen Vorratsfestmeter (Vfm) mit Hilfe der Formel nach Denzin: $BHD \text{ (in cm)}^2 / 1000$.</p> <p>Der Erntefestmeter wird dabei wie folgt errechnet:</p> <p>1 Vorratsfestmeter = 0,8 Erntefestmeter (Efm).</p> <p>Der Zuschuss errechnet sich aus der Summe:</p> <ul style="list-style-type: none"> • entgangener Verkaufserlöse, • Hiebsunreifeverluste für die Entnahme bedrängender Bestandesmitglieder und • dem Aufwand für die Auswahl und Markierung. <p>Der entgangene Verkaufserlös je Exemplar errechnet sich aus dem Volumen in Erntefestmeter und dem Durchschnittserlös der jährlichen Wertholzsubmission der Landesforstanstalt in €/Efm. Hiebsunreifeverluste für die Freistellung der seltenen Baumarten werden mit 35 € je gesichertem Exemplar seltener Baumarten abgegolten. Für die Auswahl und die Markierung seltener Baumarten ist eine Pauschale von 15 € je Baum anzusetzen.</p> <p>Menge Efm x Durchschnittserlös Wertholzsubmission (€/Efm) + Hiebsunreifeverluste (35 €) + Auswahl und Markierung (15 €) = Zuschuss</p>	<p>bis zu 300 €/Baum</p>
<p>G Vorbeugung gegen Kalamitäten</p>	
<p>G 2 Ausgaben für die Beschaffung von Material und Umsetzung folgender Vorhaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Anlage von maschinenbefahrbaren Rückewegen (Maschinenwegen) zur Feinerschließung gefährdeter Waldgebiete, • Kontrolle und Bekämpfung von Schadinsekten mittels Lockstoffen sowie durch geeignete Maßnahmen bei der Aufarbeitung von Holz (z. B. Entrinden) und • vorbeugende Flächenräumung von gefährdenden Resthölzern nach Schadereignissen. 	<p>70 %</p>
<p>H Investive Waldumweltmaßnahmen</p>	
<p>H 2 Ausgaben für die Planung, Vorarbeiten und Beschaffung von Material und Umsetzung folgender Vorhaben</p> <ul style="list-style-type: none"> • Renaturierung/Revitalisierung von stark anthropogen veränderten Waldlebensraumtypen, Biotopen und Habitaten, • Neuanlage, Sicherung, Entwicklung und Pflege von Waldlebensraumtypen, Biotopen und Habitaten im Wald einschließlich Vorarbeiten und Information der Öffentlichkeit, • Herstellung spezieller Waldstrukturen aus Artenschutzgründen, • Sicherung historischer, kultureller sowie landschafts- und naturschutzwertvoller Strukturelemente und • Maßnahmen zur Bestandsstützung bedrohter heimischer Wildtierarten. 	<p>90 %</p>

I Bodenschutzkalkung	
I 2 Ausgaben für die Bodenschutzkalkung mit kohlenstoffsaurem Magnesiumkalk. Dazu zählen: <ul style="list-style-type: none"> • Vorarbeiten, Analysen, Standortgutachten, fachliche Stellungnahmen und Erhebungen sowie • Beschaffung von kohlenstoffsaurem Magnesiumkalk und Durchführung der Bodenschutzkalkungsmaßnahmen mittels geeigneter Technologie 	100 %
J Biologische Vielfalt und Anpassung an Klimaveränderungen	
J 2.1 Vorarbeiten	
Vorarbeiten wie Untersuchungen, Analysen, Standortgutachten, fachliche Stellungnahmen und Erhebungen im Zusammenhang mit Investitionen nach J 2.2 und J 2.3	75%
J 2.2 Begründung von naturnahen Waldgesellschaften	
Wiederaufforstung sowie Voranbau (einschließlich Naturverjüngung); Kulturbegründung einschließlich Kulturvorbereitung, Waldrandgestaltung, Schutz sowie Sicherung der Kultur, Nachbesserung	
Mischkulturen mit mindestens 30 % Laubbaumanteil sowie Voranbauten mit Weißtanne	70 % max. 5.000 €/ha für Kulturbegründung
Laubbaumkulturen mit bis zu 20 % Nadelbaumanteil und Naturverjüngung	75 % max. 8.000 €/ha für Kulturbegründung
J 2.3 Pflege von Jungwüchsen und Dickungen (Jungwaldstadium)	
Jungwuchs- und Dickungspflege	50 %

Anlage 2

Antragsfrist	Fördermaßnahme
30. September (d. Vorjahres)	Anträge der Maßnahme C „Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse“ (Anträge für Bewilligungszeitraum 1. November d. Vorjahres bis zum 31. Oktober d. Jahres)
15. Mai d. J.	Zahlanträge für die Maßnahme E „Waldumweltmaßnahmen“ sowie Anträge für Maßnahmen A, B, D, F, G, H, I, J und L erster Auswahl- bzw. Bewilligungstichtag im laufenden Jahr einschließlich Verpflichtungsermächtigung für Folgejahre.
30. Juni d. J.	Anträge für Maßnahmen A, B, D, F, G, H, I, und J - zweiter Auswahl- bzw. Bewilligungstichtag im laufenden Jahr einschließlich Verpflichtungsermächtigung für Folgejahre.
30. September d. J.	Anträge aller Maßnahmen, die als Verpflichtungsermächtigung für folgende Jahre (auch Frühjahrsaufforstungen) bewilligt werden sollen.

Anträge der Maßnahme K unterliegen keiner Antragsfrist.

Anlage 3

Rahmenpflanzverbände

Baumart	Gesamt-pflanzenzahl je ha Arbeitsfläche	Verband Reihenabstand x Abstand in der Reihe	Bemerkungen
Traubeneiche/ Stieleiche	8.000	2,5 x 0,5	auf der Freifläche im Seitenschutz
Traubeneiche/ Stieleiche	6.000	2,5 x 0,7	Voranbau i. W. unter Kiefer
Traubeneiche/ Stieleiche	2.100		Trupp-Pflanzung von 60-100 Trupps /ha
Roteiche	4.000	2,5 x 1,0	
Buche	7.000 – 8.000	2,5 x 0,6 – 0,5	Voranbau unter langfristig stabilem Schirm; künstliche Verjüngungen auf Freiflächen nur in Ausnahmefällen
Buche	1.000 – 2.000	2,5 x 4,0 – 2,0	Voranbau ökologische Beimischung
Esche*, Ahorn, Ulmen	2.700	2,5 x 1,5	Pflanzung auf Freifläche mit entsprechender Beimischung
Esche*, Ahorn, Ulmen	1.500	2,5 x 2,7	bei Voranbau in Mischung Hauptbaumart mit Edellaubholz (ca. 1/10 bis 3/10)
Esche*, Ahorn, Ulmen	100 - 400		Ergänzung von Naturverjüngung
Kirsche	2.700	2,5 x 1,5	
Kirsche	100 - 400		Ergänzung von Naturverjüngung
Linde	6.700	2,5 x 0,6	Pflanzung in gruppenweiser Mischung mit EI, KB oder Edellaubholz; kleinflächig auch als Reinbestand möglich
Roterle	2.500	2,5 x 1,6	
Hainbuche	4.000	2,5 x 1,0	Pflanzung i.d.R. in trupp- bis gruppenweiser Mischung
Gemeine Fichte	1.600	2,5 x 2,5	Steilhänge
Gemeine Fichte	2.500	2,5 x 1,6	Standard-/Normalverband
Gemeine Kiefer	8.000	2,5 x 0,5	Hügellandkiefer
Gemeine Kiefer	5.000	2,5 x 0,8	Höhenkiefer
Douglasie/Europäische Lärche	1.500 – 2.000	2,5 x 2,7 – 2,0	Standard-/Normalverband
Douglasie	1.000 – 2.000	2,5 x 4,0 – 2,7	für Voranbau
Douglasie	100 - 400		Ergänzung von Naturverjüngung
Weißtanne und sonstige Tannen	2.000	2,5 x 2,0	im Seitenschutz
Weißtanne und sonstige Tannen	1.000 – 1.500	2,5 x 4,0 – 2,7	Voranbau (möglichst trupp-, gruppen- oder horstweise)
Weißtanne und sonstige Tannen	100 - 400		Ergänzung von Naturverjüngung
Unterbau mit Hainbu- che, Linde, Buche	1.000	2,5 x 4,0	flächig (BU in EI-Beständen nur in Aus- nahmefällen)
Unterbau mit Hainbu- che, Linde, Buche	120 - 240		Gezielte Z-Baum-Umfütterung (BU in EI- Beständen nur in Ausnahmefällen)
Unterbau mit Hainbu- che, Linde, Buche	600 – 1.200		Umfütterung von Trupp-Pflanzungen (BU in EI-Beständen nur in Ausnahmefällen)
Weymouthskiefer/ Schwarzkiefer	4.000	2,5 x 1,0	
Vorwald mit Birke, Eber- esche, Erle, Aspe, Lär- che, Kirsche)	400	5,0 x 5,0	

* zu beachten ist die Information über den Umgang mit dem neuartigen Eschentriebsterben (ETS) in Thüringen im Rahmen der forstlichen Förderung